



**realistisch
und radikal**

Das Debattenheft der
Sozialistischen Linken Nr. 1 (2019)

Europa verändern! Aber wie?

Mit Beiträgen von Janis Ehling, Dominica Biegon, Ali Al-Dailami, Gerd Wiegel, Etienne Schneider, Judith Benda, Martin Schirdewan, Jakob Migenda, Heinz Bierbaum, Ulrike Eifler und Özlem Alev Demirel.

Inhalt

realistisch
und radikal
Das Debattenheft
der Sozialistischen Linken

03 Editorial

04 **Janis Ehling** Eine kurze Geschichte der EU

I Krise auf allen Politikfeldern?

- 8 **Dominica Biegon** Hinter der Fassade der Euro-Reform
12 **Ali Al-Dailami** EU in der Krise – Migrationsregime beenden
14 **Gerd Wiesel** Angriff von rechts

II Bleiben oder gehen? Wie sollte DIE LINKE zur EU stehen?

- 16 **Etienne Schneider** Ein Euro-Austritt ist nicht die Lösung – keiner aber auch nicht.
18 **Judith Benda** Für eine deutliche pro-europäische EU-Kritik
20 **Martin Schirdewan** Veränderungsstrategien von links
22 **Jakob Migenda** Warum die Republik Europa auch keine Lösung ist

III Europa verändern! Aber mit wem?

- 25 **Heinz Bierbaum** Lage und Perspektive der europäischen Linken
28 **Ulrike Eifler** Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei
30 **Özlem Alev Demirel** Der Profit ist die Ursache für schlechte Löhne

Impressum

realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Jakob Migenda, Janis Ehling, Katharina Dahme, Ralf Krämer

Layout: Maik Brückner

V.i.S.d.P.: Jakob Migenda, c/o DIE LINKE – Sozialistische Linke,

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

www.sozialistische-linke.de

Druck: Laserline, Berlin

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europawahl steht an und die ganze Linke diskutiert wieder, ob die EU nun neoliberal, undemokratisch und militaristisch ist oder nicht, und ob und wie man sie verändern kann. Diese Debatte wollen wir auch in unserem Heft führen und sie mit tiefergehenden Analysen und einem Überblick über politische Akteure in der EU ergänzen.

Zur Einleitung beschreibt *Janis Ehling* wie es eigentlich zu der EU kam, die wir heute kennen. Er macht deutlich, dass sie schon immer ein Projekt des europäischen Kapitals war.

Anschließend werfen wir im ersten Block einen Blick auf zentrale Probleme in einigen Politikfeldern. *Dominica Biegon* betrachtet die europäische Austeritätspolitik und die Finanzplanung der EU. Eine Kritik am EU-Migrationsregime steuert *Ali Al-Dailami* bei und *Gerd Wiesel* zeigt uns welche Dimensionen der Rechtsruck in der EU bereits angenommen hat.

Im zweiten Block werfen wir einen Blick auf die Strategien und Möglichkeiten, die die Linke in Europa hat um die EU sozial und demokratisch umzugestalten. *Etienne Schneider* diskutiert Begründungen und Probleme

eines linken Euro-Exits. *Judith Benda* und *Martin Schirdewan* werfen zwei unterschiedliche Schlaglichter auf die strategische Ausrichtung zur Europawahl – sind sich aber einig, dass es eine mobilisierende Politik braucht. Und *Jakob Migenda* hinterfragt das auch in Teilen der LINKEN populäre Konzept der Republik Europa kritisch.

Im abschließenden Block schauen wir uns an, mit wem wir Europa verändern können. *Heinz Bierbaum* gibt uns einen Überblick über die verschiedenen europäischen Linksparteien und Parteibündnisse. *Ulrike Eifler* lässt noch einmal die Ereignisse um die Linksregierung in Griechenland Revue passieren und betrachtet die Möglichkeiten und Grenzen von Linksregierungen in der EU. *Özlem Alev Demirel* wirft zum Abschluss noch einen Blick auf die Entwicklungen der europäischen Gewerkschaften.

Viel Spaß beim Lesen wünscht euch die Redaktion!

mehr
Hefte

Du willst das Heft kostenfrei bestellen oder bei dir in der Geschäftsstelle Hefte auslegen? Dann schick uns eine Mail an info@sozialistische-linke.de und vergiss Adresse und Menge nicht. Wir freuen uns außerdem über dein Feedback zur Ausgabe oder einzelnen Artikeln.

mehr
Infos

www.sozialistische-linke.de
www.facebook.com/sozialistischeslinke



Eine kurze Geschichte der EU

Über 60 Jahre nach Beginn der Europäischen Integration steckt die EU in einer ihrer tiefsten Krisen. Mit dem Brexit wird 2019 wohl erstmals ein Land die EU verlassen. Die ökonomischen Ungleichgewichte und die Wahlerfolge der politischen Rechten bilden massive Zentrifugalkräfte, die die Zukunft der EU infrage stellen. Doch die Probleme der EU sind hausgemacht und hängen eng mit ihrer Geschichte und ihrem Charakter zusammen. Auch in der Linken zirkulieren einige Mythen über die EU – Grund genug für **Janis Ehling**, sich das noch-mal genauer anzuschauen.

Die Gründung als Friedensprojekt?

Der Beginn der Europäischen Integration wird heute gerne blumig verklärt. Manche Linke bemühen das antifaschistische Manifest von Ventotene, andere feiern die Integration als Friedensprojekt – die Realität war viel profaner. Bereits seit Ende der 40er brütete der französische Außenminister Schuman über einem Plan zur Kooperation. Dieser Schuman-Plan stellte einen Versuch dar, wichtige Industrien Frankreichs, Westdeutschlands und Belgiens zusammenzulegen, um sie effizienter und international konkurrenzfähiger zu machen. Mit dem 2. Weltkrieg lösten die USA endgültig Westeuropa als führende ökonomische Kraft ab. Die US-Wirtschaft durchdrang die westeuropäischen Staaten durch hohe Auslandsinvestitionen und Firmenübernahmen.¹ Vor allem Frankreich suchte dazu ein wirtschaftliches Gegengewicht.²

1 Panitch, Leo/ Gindin, Sam (2004): Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium. Hamburg.

2 Die historischen Ausführungen stützen sich vor allem auf die brillante Arbeit von Patrick Zil-

ber. Doch das war nicht die einzige Motivation. In Europa herrschte der Kalte Krieg. Parallel zu den wirtschaftlichen Verhandlungen rangen die beteiligten Staaten um eine gemeinsame westeuropäische Armee als Gegengewicht zur Sowjetunion. Den Vertrag zur Gründung dieser Armee hatte die Bundesrepublik schon ratifiziert, er scheiterte dann aber auf den letzten Metern am französischen Parlament. Die Bundesrepublik wurde ein Jahr später Mitglied der NATO und wenig später wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als Nachfolger der von Schuman initiierten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet. Die wirtschaftliche Allianz ging mit einer politischen (und militärischen) Frontstellung einher.

Konkurrenz nach außen als Motor nach innen

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit

tener: Strukturwandel der Europäischen Integration: Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit (1999).

der EWG-Mitgliedsstaaten vertiefte sich in den nächsten Jahren, nur geriet der Einigungsprozess schon nach ein paar Jahren ins Stocken. Unter den Mitgliedsstaaten entstand ein Streit um die Ausgestaltung der Institutionen, weitere Regelungen, wie etwa die Bildung einer europäischen Freihandelszone und die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten. Mit der EWG entstanden zwar allmählich supranationale (quasi-staatliche) Institutionen auf europäischer Ebene, aber alle wichtigen Entscheidungen wurden weiterhin von den Regierungschefs und Ministern der Mitgliedsstaaten getroffen. Der französische Präsident de Gaulle blockierte beispielsweise für ein paar Jahre sogar jede Entscheidung indem er einfach die Treffen der Staatschefs boykottierte.

Einen weiteren Schub für die Einigung gab es erst mit den großen Umbrüchen und Krisen der Weltwirtschaft in den 70ern. Die Wechselkursbindung des Dollars fiel Anfang der 70er weg. Viele der nationalen Währungen gerieten in der Folge ins Schwanken. Mit Japan trat ein neuer wirtschaftlicher Global Player auf den Plan und machte den großen Konzernen in Europa starke Konkurrenz. Dazu kam die Ölkrise und eine,

sich verstärkende, Wirtschaftskrise. Die einzelnen Mitgliedsstaaten der EWG rangen miteinander um eine gemeinsame Antwort auf die Krise, diese sollte jedoch auf sich warten lassen.

Nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen versuchten die Regierungschefs Ende der 70er/ Anfang der 80er auf die wirtschaftlichen Probleme und die zunehmende internationale Konkurrenz mit weiterer wirtschaftlicher und politischer Integration der EWG zu reagieren.

Der Charakter der Europäischen Integration zeigt sich in eben diesen Momenten. Sie ist ein spezifisch europäisches Kind der kapitalistischen Globalisierung. Die verschiedenen Schritte zur Vertiefung der Europäischen Integration sind letztlich Kompromisse. Einerseits brauchen die Unternehmen Expansionsräume, andererseits fürchten sie die globale Konkurrenz. Das Ergebnis sind daher kleine Erweiterungsschritte.³

Die Europäische Gemeinschaft – neoliberale Integration

Fatalerweise sollte der prägende

3 Statz, Albert (1979): Grundelemente einer politikökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration. Frankfurt am Main

Schritt zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in eine Zeit fallen, in der die gesamte Linke mehr und mehr ins Hintertreffen geriet. In Großbritannien, das seit 1973 Mitglied der EWG war, regierte die Neoliberale Maggie Thatcher, in Deutschland regierte ab 1982 der konservative Helmut Kohl. Politisch stieg der Neoliberalismus ab Ende der 70er zum wirtschaftlichen Paradigma auf. Der Einigungsprozess der 80er verlief unter diesen Vorzeichen ganz „im Interesse des Marktes“. De facto wurden also viele Entscheidungen maßgeblich von den Interessen der Großkonzerne beeinflusst. Vor allem der European Roundtable of Industrialists, der die europaweit 50 wichtigsten Konzerne vertritt, hatte maßgeblichen Einfluss auf die Abkommen der Zeit – die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und schlussendlich den Maastricht-Vertrag (1991).⁴

Die Vereinbarungen der Einheitlichen Europäischen Akte prägen die Politik in der EU bis heute: der Kapitalverkehr verläuft frei und mit der

4 Apeldoorn, Bastiaan van (2002): Transnational Capitalism and the struggle over European Integration. London.



Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde ein riesiger Binnenmarkt und gleichzeitig eine europäische Freihandelszone geschaffen. Die Verhandlungen zu Maastricht waren hoch umkämpft. Unklar war, wie weit der Markt ausgeweitet werden sollte, welche sozialen Rechte im Vertrag verankert werden sollten und wie die künftigen Institutionen der EG aussehen sollten. Im Ergebnis trugen die Maastricht Verträge eine neoliberale Handschrift.⁵ Das war in den Verhandlungen aber weniger klar als im Ergebnis.

Die europäische Sozialdemokratie war damals noch nicht auf einen neoliberalen Wirtschaftskurs umgeschwenkt. Allen voran der sozialdemokratische Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, warb neben der Marktöffnung für sozialstaatliche Regulierungen auf europäischer Ebene. Letztlich ließen sich die Sozialdemokraten aber mit einem Europäischen Ausgleichsfonds für den Abbau regionaler Ungleichheiten und der Aussicht auf eine künftige Verbindlichkeit der europäischen Sozialcharta abspesen.

Die Folgen von Maastricht und Lissabon

Der neu geschaffene Europäische Binnenmarkt begünstigte die Unternehmer massiv und benachteiligte die ArbeitnehmerInnen. Während es im Falle der berühmten Gurken und vielen anderen wichtigeren Bereichen umfangreiche Regulierungen gab, sah das bei den sozialen Rechten anders aus. Unter dem Vorwand die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten zu müssen, hat der Binnenmarkt einen Wettbewerb um möglichst niedrige Unternehmenssteuern und Löhne geschaffen. Die europäischen Sozialstaaten werden so steuerlich gegeneinander ausgespielt – während die ArbeitnehmerInnen in Konkurrenz zueinander gesetzt werden. Der radikale Wettbewerb deindustrialisierte schnell ganze Regionen. Profitiert haben vor allem europäische Großunternehmen, die ihre Marktmacht auf Kosten schwächerer Unternehmen stärken konnten.

Die Verträge von Maastricht und später Lissabon legten auch den Zuschnitt vieler EU-Institutionen ähnlich einseitig fest. Das wichtigste wirtschaftliche Steuerungsin-

strument der neoliberalen Ökonomie – die Zentralbank – wurde der demokratischen Kontrolle gänzlich entzogen. Auch hier hatte sich – wie in vielen anderen Punkten die deutsche Regierung durchgesetzt. Die Europäische Zentralbank wurde „politisch unabhängig“ – was aber durch die massive Fluktuation mit den BankerInnen der Finanzindustrie konterkariert wird. Auch die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten ist mit den Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik festgelegt worden; unter anderem sehen diese Kriterien eine Schuldenbegrenzung genauso vor wie Preisstabilität als vorrangiges Ziel.

Mit dem Maastrichter und vor allem dem Lissaboner Vertrag sind die EU-Mitgliedsstaaten damit wirtschaftspolitisch gebunden – ohne durch demokratische Wahlen etwas daran ändern zu können. Der englische Politikwissenschaftler Stephen Gill sprach daher schon in den 90ern von einem disziplinierenden Neoliberalismus, der autoritär in die Verfassungen und Verträge eingeschrieben wird, ohne dass die BürgerInnen darüber mitbestimmen können.⁶

Die neuen Verträge setzten auf das Recht des Stärkeren – aber nicht nur auf der Ebene der Unternehmen und ArbeitnehmerInnen. Die neuen institutionellen und wirtschaftlichen Regeln – und besonders die gemeinsame Währung – stärkten vor allem ein Land: Deutschland. Die deutsche Bundesregierung, die schon ab den 70ern eine äußerst gewichtige Rolle innerhalb der EWG hatte, baute diese Position zu einer dominierenden Stellung in der EU aus.

Legitimitätsprobleme

Die intensivierte Konkurrenz des Binnenmarktes, genauso wie die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EG/EU führten zu größerer Unzufriedenheit in den jeweiligen Bevölkerungen der Mitgliedsländer. Das liegt auch am Mangel demokratischer Mitbestimmung. Das EU-Parlament hat bis heute wenig Rechte. Häufig missbrauchten PolitikerInnen diese kaum durch eine europäische Öffentlichkeit kontrollierte EU-Konstruktion – etwa beim scale jumping: ließ sich ein

Anliegen national nicht durchsetzen, „sprangen“ die PolitikerInnen einfach auf die nächste Ebene. Die Zustimmungswerte zur EU sanken verständlicherweise in den letzten beiden Jahrzehnten, bedeutete sie doch für die meisten BürgerInnen einen Abbau ihrer Rechte. Die gewonnenen Reisefreiheit und ein paar fortschrittliche Regeln in Fragen der Antidiskriminierung konnten die Defizite kaum aufwiegen.

Die jahrzehntelange neoliberale Politik hat den europaweiten Aufstieg der Rechten mit ermöglicht. Die Rechten haben aufgrund der fehlgeleiteten EU-Politik leichtes Spiel, wenn sie Front gegen die Union machen. Es ist kein Zufall, dass die AfD aus Protest gegen die EU entstanden ist. Unter linken Parteien ist der Frage der EU umstritten. Internationale Kooperation wird begrüßt. Allerdings kooperieren auf EU-Ebene eher die ökonomischen Eliten. Gewerkschaften, linke Parteien und Bewegungen sind auf der EU-Ebene nach wie vor relativ schwach und können der Kapitalseite zu wenig entgegensetzen.

Politische Herausforderungen

Die kommenden Jahre werden nicht einfacher. Der Brexit, die Wahlerfolge der Rechten und die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zerran an der Einheit der EU. Mit Trump scheinen sich die wirtschaftlichen Konflikte zuzuspitzen, während China immer unabhängiger von den europäischen Exporten wird und allmählich anfängt sich in der EU ökonomisch einzukaufen. Darüber hinaus holt die ungerechte Handels- und Entwicklungspolitik den Westen in Form von zunehmenden Kriegen, Auseinandersetzungen um Ressourcen und verstärkter Migration ein. Die EU steht jedenfalls am Scheideweg.

Die derzeitige neoliberale Politik bringt die EU an den Rand des Abgrunds. Die Frage ist, ob die europäischen Mitgliedsstaaten diesen Kurs mitmachen. Das neoliberale Wirtschaftsregime wird sich nur um den Preis einer autoritären Politik nach innen und außen aufrechterhalten lassen: Höchste Zeit also über Alternativen zum neoliberalen Wirtschaftsregime dieser EU nachzudenken.

6 Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/ Steinhilber, Jochen (Hg.) Die Konfiguration Europas. Münster.

Janis Ehling ist Politikwissenschaftlerin und ist aktiv beim SDS

5 Stütze, Ingo (2014): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster.



Hinter der Fassade der Euro-Reform

Wie progressive Ideen im politischen Prozess marktliberal uminterpretiert werden – und was die Linke daraus lernen kann . Von **Dominika Biegon**

Es ist kein Geheimnis, dass die Gewerkschaften mit der EU-Wirtschaftspolitik der letzten Jahre unzufrieden sind. Um nur ein paar Tiefpunkte der letzten Jahre zu erwähnen: Die Anpassungsprogramme der sogenannten Troika haben in Griechenland verheerende soziale Auswirkungen gehabt, das Tarifsystem unter Druck gesetzt und die Gewerkschaften geschwächt. Die über das Europäische Semester verordnete Austeritätspolitik hat nach 2009/10 in vielen südeuropäischen Mitgliedstaaten den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Erholungsprozess abgewürgt, die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen lassen und ein Auseinanderdriften zwischen Nord- und Südeuropa befeuert.

Das Problem: Das Regelwerk der Währungsunion

Ursache für diese wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen sind nicht nur die politischen Mehrheitsverhältnisse in der Europäischen Union. Ein restriktiver fiskalpolitischer Kurs und die Sorge der wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten von den ökonomischen Problemen anderer

Mitgliedstaaten belastet zu werden, sind dem Regelwerk der Währungsunion eingeschrieben und spiegeln tief verwurzelte ordnungspolitische Vorstellungen wider.

Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde ein mechanistisches Regelwerk geschaffen, dessen Mangelhaftigkeit spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 offen zu Tage trat. Die in Artikel 125 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) festgeschriebene Nichtbeistandsklausel soll der Sorge einiger Mitgliedstaaten Rechnung tragen, nicht haften zu müssen für das „wirtschaftspolitische Fehlverhalten“ anderer Mitgliedstaaten. Beides zusammen begründet eine wirtschaftspolitische Grundausrichtung, deren Kern eine restriktive Fiskalpolitik und eine tief liegende Angst vor moral hazard ist, also dem Risiko, dass EU-Hilfen Fehlanreize setzen und Mitgliedstaaten sich vor Strukturreformen drücken könnten.

Diese tief verwurzelte wirtschaftspolitische Grundausrichtung, die der Währungsunion eingeschrieben ist, hat zur Folge, dass sogar

progressive Ideen zur Reform der Währungsunion im Laufe des politischen Prozesses eine marktliberale Umdeutung erfahren. Dies lässt sich derzeit an zwei Beispielen hervorragend beobachten: Getrieben von den visionären, europapolitischen Vorstellungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron forderten viele Progressive eine Vertiefung der EU-Wirtschaftspolitik, einen weiteren Integrationssprung in Richtung Fiskalunion.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus sollte in einen Europäischen Währungsfonds umgebaut werden und zukünftig Zahlungsbilanzkrisen der Mitgliedstaaten vermeiden. Mit einem gemeinsamen Eurozonenbudget sollte das bislang gebrochene wirtschaftliche Konvergenzversprechen doch noch eingelöst werden. Durch die Schaffung eines europäischen automatischen Stabilisators, sollten Konjunkturerinbrüche zukünftig besser abgefedert werden. Auch die Gewerkschaften in Deutschland haben sich für die genannten Reformmaßnahmen stark gemacht.

AUSTERITY

AHEAD

Die Folge: Marktliberale Umdeutung progressiver Reformvorschläge

Mittlerweile liegen konkrete Vorschläge für die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus und für ein mögliches Eurozonenbudget vor. Bei der Analyse der Vorschläge wundert man sich, wie ursprünglich progressive Ideen in ihr Gegenteil verkehrt werden.

Beginnen wir mit der Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM): Linke Befürworter einer ESM-Reform, hegten die Hoffnung, dass mit einem Europäischen Währungsfonds, der unabhängiger vom Internationalen Währungsfonds agiert, Mitgliedstaaten mit massiven Verschuldungsproblemen zukünftig stärker unter die Arme gegriffen wird und die Möglichkeit entsteht, mehr Risikoteilung bei der Verschuldung zu erreichen. Die bisherigen Verhandlungsergebnisse deuten eher das Gegenteil an: Zukünftig sollen die Mitgliedstaaten bei der Verschuldung der „Marktdisziplin“ noch stärker unterworfen werden.

Im Dezember 2018 hat die Eurogruppe beschlossen, dass im Zuge der ESM-Reform Schuldenschnitte zukünftig erleichtert und bei einer negativen Schuldentragfähigkeitsanalyse einen Schuldenschnitt sogar als Vorbedingung für EU-Finanzhilfen gemacht werden soll. Damit würde der Euro endgültig seinen Status als sichere Anlage verlieren. Gläubiger würden das erhöhte Ausfallrisiko einplanen und höhere Risikoaufschläge verlangen. Eine kreditfinanzierte antizyklische Wirtschaftspolitik würde so erschwert, weil gerade in Krisenzeiten die Risikoaufschläge von Staatsanleihen in die Höhe schnellen dürften. Schon jetzt sind die Kosten des Schuldendienstes innerhalb der EU sehr unterschiedlich verteilt. Mit den beschlossenen Maßnahmen würde diese Divergenz noch zunehmen.

Das gleiche Schema zeigt sich bei den derzeitigen Verhandlungen zum Eurozonenbudget. Hier ist die Lage besonders unübersichtlich, eine Vielzahl von Vorschlägen wie die Eurozone durch ein fiskalisches Element gestärkt werden kann, liegt auf dem Tisch. Von der ursprünglichen Macronschen Idee eines Investivhaushalts in Höhe von „mehreren BIP-Punkten“ ist man mittlerweile

allerdings weit entfernt. Zu groß ist die Angst vor Fehlanreizen und einer dauerhaften Transferunion. Anstatt dessen werden alternative Vorschläge eines möglichen Eurozonenhaushalts diskutiert.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder Konvergenz?

Eine besonders kritikwürdige Neuinterpretation findet sich in dem Vorschlag der Kommission, der mittlerweile auch von weiten Teilen der deutschen Bundesregierung unterstützt wird und sich auch in den Meseberger Beschlüssen wiederfindet: Das sogenannte Reformhilfeprogramm. Mit einer neuen Budgetlinie sollen Mitgliedstaaten dafür belohnt werden, wenn sie sich dazu verpflichten, Strukturreformen umzusetzen, welche die „Widerstandsfähigkeit“ ihrer Volkswirtschaften stärken. Damit meint die Kommission Reformen, die eine Deregulierung der Arbeitsmärkte, eine Dezentralisierung der Lohnfindungsmechanismen und eine weitere Liberalisierung des Binnenmarktes unterstützen, wie aus einem Vorbereitungsdokument der Kommission für eine Eurogruppen-sitzung hervorgeht.

Man wundert sich vor allem über die neue Deutung des Begriffs der „Konvergenz“, die dem Vorschlag der Kommission zugrunde liegt. Denn erklärtes Ziel des Reformhilfeprogramms ist es, für mehr Konvergenz in der Eurozone zu sorgen. Deshalb sollen auch 25 Milliarden Euro aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds abgezogen werden, um das Reformhilfeprogramm zu finanzieren. Folgt man der Argumentation der Kommission und weiten Teilen der deutschen Bundesregierung ist sozioökonomische Konvergenz vor allem durch eine Stärkung der eigenen „Wettbewerbsfähigkeit“ – faktisch der Unternehmensgewinne – und der Widerstandsfähigkeit zu erreichen. Die Mitgliedstaaten sind also angehalten, ihre eigenen Hausaufgaben zu machen und Strukturreformen noch effektiver umzusetzen – dann sei eine Angleichung der Lebensverhältnisse wieder denkbar.

Das strukturelle Problem der Eurozone, das Auseinanderdriften zwischen Nord und Südeuropa wird hier als Problem einzelner Mitgliedstaaten dargestellt, die in ihren Reformbemühungen nicht konsequent

genug waren. Von einer Stärkung der EU-Strukturpolitik oder einer aktiven EU-Industriepolitik ist gar nicht mehr die Rede. Setzt sich diese Interpretation eines Eurozonenbudgets als Reformhilfeprogramm durch, hätte das nichts mehr mit der ursprünglichen Idee der Einrichtung eines Investivhaushalts zur Ankerbelung und Verstetigung öffentlicher Investitionen zu tun.

Lehren für die Linke

Die Beispiele zeigen: Ein Blick hinter die Fassade und eine genaue Analyse, was sich hinter den Vorschlägen der Kommission und des Eurogruppe zu einem Eurozonenbudget und zur Schaffung eines Europäischen Währungsfonds verbirgt, lohnt sich. Das Ziel der „Vollendung der WWU“ darf nicht zum Selbstzweck werden. Aufgabe der progressiven Kräfte sollte es sein, bei grundlegender Zustimmung zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion, deutlich zu widersprechen, wenn Reformvorschläge in eine falsche Richtung laufen.

Darüber hinaus sind die Beispiele für mich aus drei Gründen lehrreich:

1) Ein vertieftes Verständnis des Regelwerks der Eurozone und dessen Wirkkraft sind essentiell für die Entwicklung progressiver Forderungen: Viele der in den letzten Jahren vorgeschlagenen progressiven Reformen zur Vollendung der WWU - ein Eurozonenbudget, ein europäischer Finanzminister, eine europäische Wirtschaftsregierung, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung - drohen im politischen Prozess der restriktiven wirtschaftspolitischen Grundausrichtung zum Opfer zu fallen und marktliberal uminterpretiert zu werden: EU-Finanzhilfen zur Stabilisierung der Eurozone sind dann nur gegen rigide Strukturreformauflagen zu haben, mehr fiskalisches Engagement der wirtschaftlich starken Mitgliedstaaten wird zu einer weiteren Disziplinierung der wirtschaftlich Schwächeren führen. Deshalb ist meines Erachtens eine Fokussierung notwendig: Bei der Reform der Eurozone sollten wir vor allem das Fundament erneuern: Notwendig sind eine grundlegende Reform der EU-Fiskalregeln und mehr Risikoteilung bei der Staatsverschuldung.

2) Mehr Europa bringt uns nicht automatisch näher an das ersehnte soziale Europa. Kommt das Eurozonenbudget in Gewand des Reformhilfeprogramms und setzen sich die Reformvorschläge der Eurogruppe zum Europäischen Stabilitätsmechanismus durch, wird die EU sich zukünftig erheblich mehr in die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten einmischen – von einer sozial ausgewogenen EU-Wirtschaftspolitik wird dann aber noch weiter entfernt als bisher. Wir sollten uns mit Forderungen nach Kompetenzübertragungen auf die EU in weiteren wirtschaftspolitischen Bereichen solange zurückhalten bis das oben beschriebene Regelwerk der Eurozone reformiert wurde. Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene sollten wir nur fordern, wenn damit fortschrittliche Ziele verbunden sind.

3) Die Grundvoraussetzung für eine Neuausrichtung der EU Wirtschaftspolitik ist eine umfassende Demokratisierung der EU Economic Governance. Die Entscheidung darüber, ob ein Land gegen die EU-Defizitregeln verstößt und die Formulierung entsprechender Strukturreformempfehlungen erfolgt weitestgehend auf technokratischem Weg ohne parlamentarische Beteiligung. Noch immer haben weder die nationalen Parlamente noch das Europäische Parlament ein Mitspracherecht bei den länderspezifischen Empfehlungen, die im Rahmen des Europäischen Semesters formuliert werden. Zwar werden die Sozialpartner umfangreich konsultiert. Diese informellen Konsultationen können aber einen ordentlichen parlamentarischen Prozess nicht ersetzen. Die Entscheidung, ob ein Land gegen die Defizitkriterien verstößt und welche Strukturreformen es umsetzen sollte, ist keine technische, die abgeschirmt vom politischen Prozess verhandelt werden kann.

Die Fragen, ob, in welcher Geschwindigkeit und wie hohe öffentliche Schuldenstände abgebaut werden, birgt Zielkonflikte: Ein zu schneller Schuldenabbaupfad kann je nach Konjunktorentwicklung das Wachstum dämpfen und kann negative sozialpolitische Konsequenzen haben. Eine rigide Haushaltskonsolidierung hat zudem Verteilungseffekte. Sie stellt bestimmte Bevölkerungsgruppen besser und

benachteiligt andere. Fiskalpolitische Fragen müssen in diesem breiten Kontext diskutiert werden. Durch eine breite parlamentarische Beteiligung im Europäischen Semester könnte eine kritische Öffentlichkeit hergestellt werden. Technische, fiskalpolitische Vorgaben der EU könnten dann in einem breiteren gesellschaftlichen Zusammenhang diskutiert werden.

Dominika Biegon ist Referatsleiterin für europäische und internationale Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand

EU in der Krise – Migrationsregime beenden?

Ali al Dailami

Die EU befindet sich in der schwersten Krise seit ihrem Bestehen. Es ist nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem eine politische Krise. Das Dogma neoliberaler Kürzungs- und Privatisierungspolitik als vermeintliches Heilmittel für krisengeschüttelte Länder und deren brachiale Durchsetzung waren und sind verheerend. Sie haben die Krisen in den betroffenen Ländern verschärft und darüber hinaus eine Notlage der Demokratie nach sich gezogen.

Profiteure dieser Politik sind vor allem Rechte und zum Teil offen faschistische Bewegungen und Parteien. Sie nutzen die inneren Widersprüche der EU, auch in migrationspolitischen Fragen, um auf dieser Klaviatur ihre reaktionäre Musik zu spielen. Fast alle bedienen sich einer flüchtlings- und migrationsfeindlichen Agenda und das erschreckend erfolgreich.

Zur Wahrheit gehört auch, dass über Jahrzehnte insbesondere die von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders stark betroffenen Länder mit den ankommenden Flüchtlingen alleine gelassen worden sind. Spätestens seit 2015 ist das Scheitern des unsolidarischen Dublin-Systems, nach dem das Land für einen Flüchtling zuständig ist, in dem er oder sie zuerst die EU betreten hat, für jeden offensichtlich.

Doch anstatt endlich ein europaweites System der solidarischen Flüchtlingsaufnahme durchzusetzen und jene Länder zu Kasse zu bitten, die sich dem verweigern, wird mit sogenannten Rücknahmeabkommen weiter am Dublin-System festgehalten

und den rechten Demagogen so nachgegeben. Gleichzeitig wird mit Diktatoren paktiert und die EU-Grenzschutzagentur Frontex, aber auch die korrupte libysche Küstenwache, aufgerüstet um Flüchtlinge fern zu halten. Flüchtlingshelfer werden kriminalisiert. Dieser Krieg gegen Flüchtlinge hat bisher mehr als 20 000 Menschen das Leben an den EU Außengrenzen gekostet und verschlingt jährlich mehr als 300 Millionen Euro.

Einwanderung nach Nützlichkeitskriterien

Während die EU nicht in der Lage sein will eine einheitliche und humane Flüchtlingspolitik durchzusetzen, ist sie ganz fix, wenn es um die Wünsche von Unternehmen nach Fachkräften geht.

Da ein Einwanderungsgesetz über Jahrzehnte weder Aussichten auf politische noch gesellschaftliche Mehrheiten in Deutschland hatte, konzentrierten sich die Lobbyisten deutscher Unternehmen auf die EU. Unter großen Anstrengungen und mithilfe sogenannter Think Tanks setzten sie EU-Richtlinien durch, die dann auch in Deutschland umgesetzt werden mussten. Dazu gehört die sogenannte Blue-Card-Regelung, welche ein System zur Vergabe von Arbeitserlaubnissen ist und von der Linken zurecht abgelehnt wurde. Wie sehr diese EU-Richtlinie deutschen Wirtschafts- und Konzerninteressen entspricht, verdeutlicht die Tatsache, dass 87 Prozent aller innerhalb der EU vergebenen Blue-Cards auf Deutschland entfielen. Sie erwies sich als ein Instrument, um die Lohnspirale auch unter

Fachkräften nach unten zu drehen. So darf bereits heute, ein aus dem Ausland angeworbener Ingenieur bis zu 47 Prozent weniger verdienen als sein in Deutschland ausgebildeter Kollege.

Offensichtlich haben die Hartnäckigkeit und Durchsetzungsmöglichkeiten der Arbeitgeberverbände nun auch in Deutschland Früchte getragen. Außer der Linken fordern mittlerweile alle im Bundestag vertretenen Parteien ein nach Nützlichkeitskriterien orientiertes Einwanderungsgesetz. Die SPD-Fraktion fordert gar ein diskriminierendes Punktesystem, welches die Linke auch in diesem Fall im Bundestag zurecht abgelehnt hat.

Für eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik

Kriege, Hunger und bittere Armut zwingen immer mehr Menschen zur Flucht. Die EU hat diesen Zustand durch ihre Politik mit herbeigeführt. Unfaire Handelsabkommen und die Subventionierung von in der EU überproduzierten Agrarprodukten, welche die Märkte des Globalen Sü-

dens regelrecht überfluten, haben fatale Folgen. Sie verhindern systematisch eine Entwicklung und Produktivkraftentwicklung dieser Länder. Insbesondere Kleinbauern und Kooperativen können nicht mit den subventionierten Preisen von EU-Lebensmitteln mithalten. Zum Teil wird die Entwicklungshilfe dadurch regelrecht ad absurdum geführt und Erwerbslosigkeit und Armut werden produziert.

Es bedarf einer grundlegend anderen Politik gegenüber den Menschen und den Ländern des globalen Südens. Eine Politik auf gleicher Augenhöhe, die ihr Recht auf Entwicklung und Schutz der eigenen Produkte gewährleistet, kann nur ein Anfang sein. Wer also wirklich Fluchtursachen bekämpfen will, muss sich auch mit den mächtigen Agrar- und Lebensmittelkonzernen anlegen und neoliberalen Freihandelsabkommen eine Absage erteilen.

Menschen vor Profite

DIE LINKE muss klarmachen, dass eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse nicht ohne den Bruch

mit dem Irrweg namens Neoliberalismus zu haben ist. Ein Irrweg, der nicht nur innerhalb der EU eine Schneise der sozialen Verwüstung nach sich zieht. Davon zeugen die mehr als 70 Millionen Flüchtlinge weltweit. In einem System, welches Profite vor Menschenleben stellt und in dem mit hunderten von Milliarden Euro Banken „gerettet“ werden, ist für die Bekämpfung von Armut angeblich kein Geld da. Nimmt man hinzu, dass sich die Rüstungsausgaben aller NATO-Staaten im letzten Jahr auf fast 900 Milliarden Euro beliefen und man nur mit einem Bruchteil dieser Gelder den Hunger in der Welt beenden könnte, weiß man um die Unhaltbarkeit dieses Systems von der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und der mehr als akuten Klimakatastrophe ganz zu Schweigen.

Ali al Dailami ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration, er lebt in Gießen.

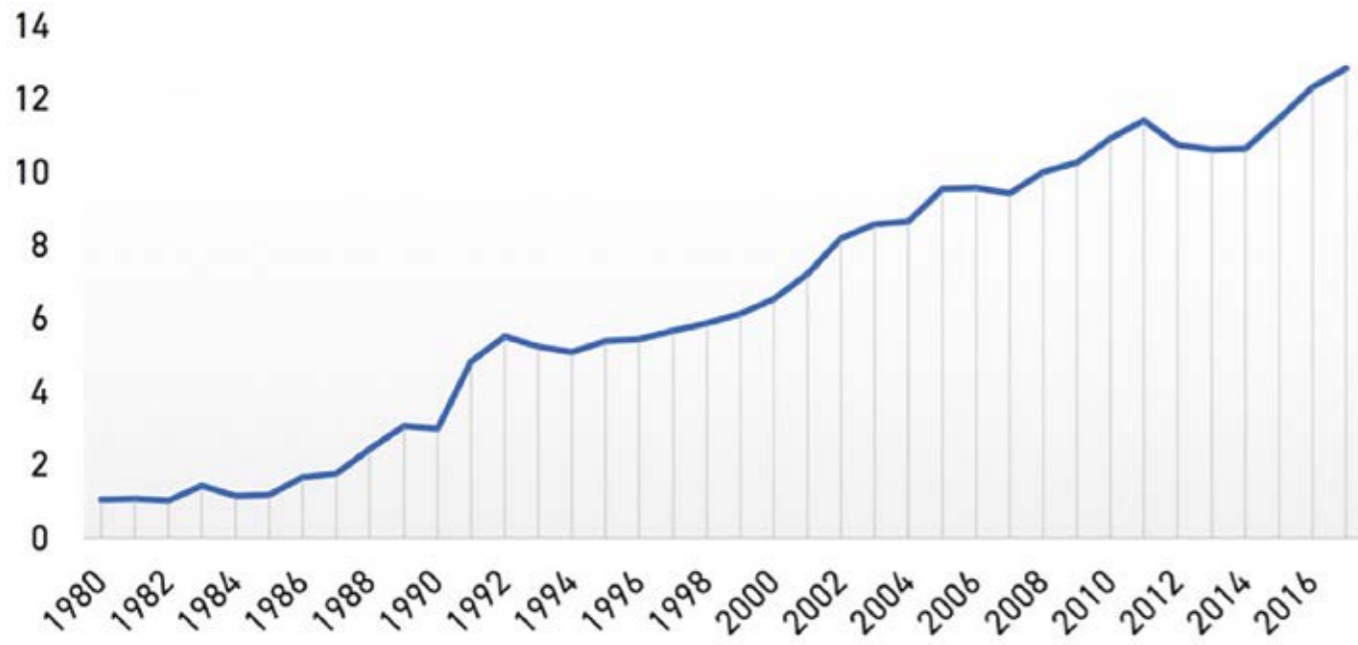


Angriff von rechts

Die radikale europäische Rechte befindet sich weiter auf dem Vormarsch und möchte bei den anstehenden Wahlen Europa übernehmen. Von **Gerd Wiegel**



Abb.: Aufstieg der modernisierten radikalen Rechten in Europa



(Quelle: A.J. Heinö et. al., Authoritarian Populism Index 2017, Stockholm 2017)

Eine empirische Studie zur politischen Entwicklung in Europa aus dem Jahr 2017 veranschaulicht, was spätestens seit Brexit und Trump-Wahl in aller Munde ist: den steilen Aufstieg einer modernisierten radikalen Rechten, häufig unter dem Schlagwort „Rechtspopulismus“ behandelt, die sich in Europa zur dritten politischen Kraft neben Konservatismus und Sozialdemokratie entwickelt hat. In einem Zeitraum

von zwanzig Jahren, zwischen 1997 und 2017, hat diese Rechte in den jeweiligen nationalen Parlamenten im Schnitt einen Stimmenzuwachs von 8 auf rund 15 Prozent erzielt. In einzelnen Ländern ist sie inzwischen auf dem Status von Volksparteien angekommen und steht in Regierungsverantwortung.

Alle politischen Beobachter gehen davon aus, dass sich dieser rech-

te Aufstieg bei den Europawahlen 2019 fortsetzen wird und zu einem dramatischen Gewinn für die europäische Rechte führen kann. Dies vor allem deshalb, weil Parteien dieses Typs insbesondere in den bevölkerungsreichen EU-Mitgliedsstaaten auf dem Vormarsch sind. Die Lega könnte bei der Europawahl zur stärksten Partei in Italien werden und auch der AfD wird ein deutlich besseres Ergebnis als die bei den

letzten Wahlen erzielten 7 Prozent zugetraut. Der Rassemblement National (RN, vormals Front National) von Marine Le Pen dürfte von der enormen Vertrauenskrise der Regierung Macron profitieren, womit allein aus den drei EU-Kernländern Frankreich, Italien und Deutschland starke Gruppen der Rechten nach Brüssel entsandt würden.

Lega-Chef Matteo Salvini hat bei diesem Aufstieg der Rechten inzwischen die Rolle des Koordinators und Anführers übernommen. Mit Marine Le Pen wurden bereits klare Absprachen für eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament getroffen und nichts deutet darauf hin, dass sich die AfD einem solchen Bündnis verweigern könnte, zu dem sicherlich auch die österreichische Regierungspartei FPÖ zu zählen ist. Gegenwärtig versucht Salvini auch mit Viktor Orbans FIDESZ in Ungarn und der PiS aus Polen entsprechende Absprachen zu treffen. Vor diesem Hintergrund scheinen die Gerüchte, Salvini wolle sich als Kandidat für den EU-Kommissionspräsidenten aufstellen lassen, nicht völlig aus der Luft gegriffen. Eindeutig will die Rechte die EU-Wahlen zum Zentralangriff auf die EU nutzen und tritt mit dem Ziel an, stärkste Fraktion, mindestens aber vor der Sozialdemokratie zweitstärkste Fraktion im EU-Parlament zu werden.

Die radikale Rechte profitiert dabei von einer neoliberal grundierten EU, die in den Augen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger immer deutlicher zum Elitenprojekt aus Wirtschaft und Politik geworden ist und gegenwärtig keinerlei Aussichten auf ein soziales, egalitäres Europa bietet. Der Schlag gegen die griechische Linksregierung 2015 war der offensichtlichste Beleg dafür, dass diese EU nicht gewillt ist, den Weg der Austerität, des Sozialdumpings, des Wettbewerbs nach unten zu verlassen. Selten hat sich die häufig getroffene Aussage – der Aufstieg der Rechten ist Ausdruck der Schwäche der Linken – so bewahrheitet, wie in den Folgen der EU-Finanzkrise seit 2015. Denn heute ist es die radikale Rechte, die gegen eine „wilde Globalisierung“ wettet, „gerechte Löhne, Arbeiterrechte und soziale Umverteilung“ fordert. Diese Entwendung linker Begriffe und Forderungen ist auch deshalb ein Hohn, weil die Rechte dort, wo sie in Re-

gierungsverantwortung ist, zumeist das genaue Gegenteil betreibt und die Umverteilungspolitik von unten nach oben munter fortsetzt. Die Gesetze zur Ausweitung der Arbeitszeiten in Österreich und Ungarn aber auch die Steuererleichterungen, die die Lega ihrer Klientel der Klein- und Mittelunternehmen spendiert, bezeugen dies. Überdies hat eine Partei wie die Lega über zwanzig Jahre als Teil der diversen Regierungen Berlusconi aktiv die neoliberale Ausrichtung der EU mitgestaltet und schafft es dennoch, sich heute als Kritiker ebene dieses eigenen Produkts darzustellen.

Gemeinsamkeiten und Differenzen der europäischen Rechten

Zentrales und einigendes Thema der Rechten ist die Abwehr weiterer Zuwanderung und der positive Bezug auf eine „Festung Europa“. Ethnopluralismus, d.h. die Vorstellung kulturell homogener Nationalstaaten und die Abwehr vor allem „kultur-fremder“ Zuwanderung und Nationalismus – versteckt hinter dem Stichwort „Europa der Vaterländer“ – sind die ideologischen Klammern einer ansonsten in vielen Punkten völlig heterogenen und gegensätzlichen radikalen Rechten. Einigkeit besteht vor allem in der negativen Abgrenzung zur bestehenden EU: keine weitere Vertiefung, Rückholung von Entscheidungskompetenzen auf nationalstaatliche Ebene, Abschottung der Außengrenzen. Uneinigkeit bis in die einzelnen Parteien hinein besteht in der Frage des Austritts aus der EU. Während Le Pen ihre harte Austrittsrhetorik abgemildert hat, will die AfD eine Volksabstimmung über den „Dexit“, wenn sich die EU nicht in absehbarer Zeit radikal ändern sollte. Während die AfD aus dem Euro als Währung aussteigen will, sehen das die Lega und auch der Rassemblement National anders. Auch in der außenpolitischen Orientierung, z.B. dem Verhältnis zu Russland, liegen zwischen Lega, RN und AfD, die sich alle positiv auf Putins Russland beziehen, und z.B. der PiS in Polen Welten.

Das vom ungarischen Ministerpräsidenten Orban benannte Ziel einer „illiberalen Demokratie“ ist eine weitere ideologische Klammer der modernisierten radikalen Rechten in Europa. Diese Form eines „autoritären Nationalradikalismus“, wie es der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heit-

meyer nennt, ist über die Grenzen Europas hinaus auf dem Vormarsch (USA, Brasilien etc.). Mit Stephen Bannon hat sich einer der prominentesten frühen Wegbegleiter von US-Präsident Trump die Europawahl 2019 als nächstes Schlachtfeld seiner Mission einer globalen Rechtsverschiebung auserkoren. Mit seiner Stiftung „The Movement“ versucht Bannon die europäische Rechte zu unterstützen und seine Kampagnenerfahrung einzubringen. Treffen mit Alice Weidel, Marine Le Pen, Matteo Salvini und auch Viktor Orban gab es 2018, allerdings will man jeden Eindruck vermeiden, der rechte Einigungsprozess in der EU sei aus den USA gesteuert.

Für eine radikale und sozialistische Linke kommt es entscheidend darauf an, dem Gegensatz einer affirmativen Verteidigung dieser EU und der autoritären Zerstörung der EU von rechts eine Alternative von links entgegenzustellen. Aus der Falle eines „progressiven Neoliberalismus“ der EU-Eliten und ihrer Anhänger*innen kann man sich nicht mit Anleihen aus dem Besteckkasten der „illiberalen Demokratie“ befreien, sowenig eine radikale Linke auf fundamentale Kritik an der neoliberalen Ausprägung der EU verzichten kann. Nur die Perspektive eines sozialen, inklusiven Europa von unten kann die Antwort sein.

Gerd Wiegel ist ein deutscher Politologe, Publizist und Autor. Er arbeitet als Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus für die Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

Ein Euro-Austritt ist nicht die Lösung – keiner aber auch nicht.

Die europäische Linke hinterfragt ihre Positionen zu Euro und EU. Das ist richtig, weil eine progressive oder soziale EU angesichts der aktuellen politischen Gemengelage noch lange Zeit ein Wunschtraum bleiben wird. Aber auch ein Left Exit ist kein Wundermittel.

Die Hoffnungen, der Wahlsieg von SYRIZA in Griechenland Anfang 2015 könnte einen Bruch mit der Austeritätspolitik einleiten, zerbrachen schnell. Nur die Wenigsten hätten es wohl für möglich gehalten, wie offen und kaltblütig Eurogruppe und EZB gegen eine demokratisch gewählte Regierung vorgehen würden, um diese in die Knie zu zwingen.

Deshalb ist es richtig, dass die Linke überall in Europa ihre Haltung zu EU und Euro diskutiert und eine prinzipiell ‚pro-europäische‘ Haltung zunehmend in Frage gestellt wird. Die wichtigsten Eckpfeiler der europäischen Wirtschaftsintegration wie der Europäische Binnenmarkt und der Euro sind keine Institutionen zur Zähmung globalisierter Märkte, sondern das genaue Gegenteil. Sie sind politische Formen zur Durchsetzung des globalen Neoliberalismus in Europa und schränken linke Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Ebene stark ein.

Auch wenn sich die wenigsten Illusionen über den neoliberalen Charakter der EU und des Euro machen, bestand die vorherrschende Strategie der europäischen Linken dennoch lange darin, in erster Linie auf eine Reform der EU zu setzen: Demokratisierung, soziale Konvergenz, Solidarität und Umverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und Regionen. Das Problem ist nur: Angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse in Europa haben solche Ansätze keine Chance, sich durchzusetzen. Sie sind dazu verdammt, gedankliche Modellkonstruktionen zu bleiben und bieten keine strategischen Handlungsperspektiven.

Eine andere EU ist kaum möglich

Die bisherige neoliberale Integration hat derartig starke Ungleichgewichte hervorgebracht, dass sich nicht nur die Krise, sondern auch die politischen Konstellationen in Europa enorm ungleich und ungleichzeitig entwickeln. Wer auf die Reform der gesamten EU setzt, muss darauf hoffen, dass sich in absehbarer Zeit in unterschiedlichen Teilen der EU, vor allem in den politisch entscheidenden Ländern Deutschland und Frankreich, linke Mehrheiten zum gleichen Zeitpunkt ergeben. Ein solches Szenario als Vorbedingung einer linken Reform von EU und Euro ist schlichtweg nicht realistisch. Stattdessen erleben wir in vielen Ländern einen Aufstieg der Rechten. Gleichzeitig entwickelt sich die EU immer weiter zu einer Aufrüstungs- und Abschottungsunion.

Deshalb müssen wir über Strategien nachdenken, wie wir Alternativen im Sinne eines Lexit im Zweifel auch gegen die herrschende Ausrichtung der EU und außerhalb des Euro durchsetzen können. Dies gilt gerade aus Sicht der südeuropäischen Peripherie (Griechenland, Portugal, Spanien), wo linke Kräfte derzeit am stärksten, aber auch die Erpressungsmöglichkeiten von EZB und Eurogruppe nach wie vor am größten sind.

Lexit – Rückgewinnung wirtschaftspolitischer Souveränität?

Manche Lexit-Diskussionen vermitteln allerdings den Eindruck, mit dem Euro-Austritt, der Einführung eigener Währungen und dem Rückgewinn einer eigenständigen Geldpolitik wäre der entscheidende

Schritt bereits getan. Doch was würde ein Austritt tatsächlich bringen? Eine eigenständige Zentralbank kann das Bankensystem selbst mit Liquidität versorgen, d.h. der EZB und Eurogruppe jenes Erpressungsinstrument aus der Hand nehmen, das sie gegen SYRIZA einsetzten. Darüber hinaus hätte der Lexit aus Sicht seiner BefürworterInnen vor allem drei Vorteile:

1. Eine eigene Währung lässt sich abwerten. So würden Exporte im Ausland, wie auch Tourismus für AusländerInnen günstiger. Damit verbessert sich die so genannte preisliche Wettbewerbsfähigkeit.

2. Eine eigenständige Zentralbank kann das Kreditssystem gezielt steuern und regulieren und so Investitionen in bestimmte Bereiche anregen oder spekulative Blasenbildung unterbinden.

3. Der öffentliche Investitionsspielraum würde sich vergrößern, da außerhalb des Euro ein einseitiger Schuldenschnitt möglich ist. Zudem gäbe es – anders als im Eurosystem – die Möglichkeit, dass sich die öffentlichen Haushalte direkt bei der Zentralbank verschulden.

Dem Rückgewinn wirtschaftspolitischer Souveränität stehen aber schwerwiegende Einschränkungen gegenüber, die sich aus den so genannten ‚Sachzwängen‘ des Weltmarkts ergeben. Diese Sachzwänge wurden im Zuge der neoliberalen Globalisierung zwar politisch hergestellt, sie sind deshalb aber nicht minder wirksam.

1. Bei einer Währungsabwertung verteuern sich auch die Importe. Im besten Fall regt das den Ersatz durch eigene Produktion an. Gerade aus Sicht der südeuropäischen

Peripherie können viele Importe aber gar nicht ersetzt werden, weil dazu schlichtweg die entsprechenden Produktionskapazitäten fehlen. Um diese aufzubauen und Importabhängigkeiten zu überwinden, müssten zuerst Produktionsmittel wie Maschinen importiert werden. Hierfür müsste gleichzeitig die Einfuhr von Konsumartikeln und damit der bisherige Lebensstandard vieler Menschen über längere Zeit eingeschränkt werden – zumindest dann, wenn eine starke Außenverschuldung vermieden werden soll oder aufgrund der Verschuldungsbedingungen nicht möglich ist.

2. Eine eigenständige Zentralbank wäre zwar formal unabhängig, könnte bei uneingeschränktem Kapitalverkehr de facto aber nur in Abhängigkeit von den Zentralbanken der wichtigsten globalen Währungen agieren: Um Kapitalabfluss zu verhindern, müsste sie das Zinsniveau über jenem der dominanten Währungen halten. Hohe Zinsen blockieren allerdings Investitionen, solange das Kreditssystem unter privatwirtschaftlicher Kontrolle steht. Um geldpolitische Spielräume zu gewinnen, bräuchte es also nicht nur eine eigene Währung, sondern auch strikte Kapitalverkehrskontrollen.

„Zeit den Euro zu verlassen?“

Diese erfordern die Bereitschaft, zusätzlich zum Euro auch mit dem europäischen Binnenmarkt zu brechen und handelspolitische Gegenreaktionen in Kauf zu nehmen.

3. Ein einseitiger Schuldenschnitt würde die Schuldenbelastung zunächst senken. Die erwartbare Abwertung der neuen Währung würde aber die verbleibende Außenverschuldung in Fremdwährung wiederum erhöhen. Je umfassender die Schulden gestrichen würden, desto schwieriger wäre es zudem, überhaupt noch internationale Kreditgeber zu finden. Die Verschuldungsmöglichkeiten kleinerer, peripherer Länder würde sich stark verschlechtern. Verliert ein Land die Möglichkeit, sich zu akzeptablen Bedingungen im Ausland zu verschulden, kann es immer nur so viel importieren wie es exportiert. Damit verkleinert sich auch der Spielraum für den Import wichtiger Produktionsmittel, mit denen sich Importabhängigkeiten auf lange Sicht überwinden ließen.

Mit einem Lexit fangen die Probleme erst an

Ein Lexit befreit also aus einer Reihe institutioneller Zwänge der neoliberalen europäischen Wirtschaftsintegration und würde es

ermöglichen, viele wirtschaftspolitische Instrumente auf die nationalstaatliche Ebene zurückzuholen. Die realen Spielräume dieser Instrumente wären aber trotz dieser formalen wirtschaftspolitischen Eigenständigkeit stark eingeschränkt – je nach Position eines Landes in der hierarchischen europäischen und internationalen Wirtschaftsordnung – mitunter noch stärker als im Euro. Das macht die Lexit-Strategie gerade aus der Sicht von kleineren, peripheren Ländern wie Griechenland oder Portugal zu einem äußerst riskanten Unterfangen.

Diese Risiken dürfen kein prinzipielles Argument gegen den Lexit sein. Aber ohne Konzepte und Strategien, wie ein progressiver Kurswechsel außenwirtschaftlich abgesichert und eigenständige Produktionsstrukturen in der europäischen Peripherie wieder gestärkt werden können, ist mit einem Austritt wenig bis nichts gewonnen.

Etienne Schneider ist Politikwissenschaftler, forscht zur Politischen Ökonomie der Eurokrise und ist Redakteur der Zeitschrift PROKLA. Eine ähnliche Version dieses Artikels ist auf dem Mosaik-Blog (mosaikblog.at) erschienen.



Für eine deutliche pro-europäische EU-Kritik

Wer die Gesellschaftsverhältnisse verändern will, muss den herrschenden Konsens in Frage stellen. Als LINKE müssen wir die Rolle einer grundsätzlichen Oppositionskraft gegen diese bestehende EU einnehmen: Eine deutliche pro-europäische EU-Kritik formulieren und nicht wie andere in Phrasen wie „einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt“ verfallen. Von Judith Benda

Wir stehen für ein europäisches Projekt von internationaler Solidarität, Humanismus und Frieden. Nur ist das mit dieser real-existierenden EU nicht zu machen, denn die EU-Verträge bieten keine taugliche Grundlage für ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa. Das wird deutlich, wenn wir uns die Entwicklungen der EU exemplarisch im Bereich Militarisierung und Soziales anschauen:

Festung Europa und Militarisierung

Im vergangenen Jahr starben auf dem Mittelmeer laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk mehr als 2200 Flüchtlinge bei der Überfahrt nach Europa. Und die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex wird sogar weiter ausgebaut. Mit mehr Geld und Kompetenzen werden die Außengrenzen gesichert, Flüchtlinge aufgehalten, die zivile Seenotrettung kriminalisiert und zurückgedrängt. Der EU-Türkei-Deal, Verhandlungen mit afrikanischen Staaten über Aufnahmelager – wir erleben einen Zynismus, der kaum zu überbieten ist. Wenn es den „europäischen“ Interessen dient, wird mit autoritären Regimen zusammengearbeitet.

Hymnen des Selbstlobes sind zur Verleihung des Friedensnobelpreises 2012 an die EU gesungen worden. Der ehemalige EU-Ratspräsident Van Rompuy sprach von der EU als „größte friedensstiftende In-

stitution, die jemals bestanden hat“. Doch der relative Frieden innerhalb der Union steht im starken Kontrast zum Verhalten vieler EU-Mitgliedstaaten nach außen und der Rolle der EU als imperialer Block und zunehmende Supermacht.

Seit der Gründung der EU 1992 ist die Union mit zunehmender Intensität militarisiert worden. Mit dem Vertrag von Lissabon haben sich die EU-Staaten zu weiterer Aufrüstung verpflichtet (Art.42,3 EUV): „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Eine solche Rüstungsverpflichtung ist in keiner Verfassung eines EU-Mitgliedstaates zu finden.

In Zeiten von Brexit und Trump soll nun das gemeinsame militärische Projekt den Kitt in der EU bilden. Es ist ein beschleunigter Ausbau der militär-, verteidigungs- und rüstungspolitischen Integration zu beobachten. Eine Entwicklung hin zu einem militärischen Kerneuropa unter deutsch-französischer Führung.

Anlässlich der Aktivierung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ im Militärbereich (PESCO) durch 25 Mitgliedstaaten in 2017 schwärmte EU-Ratspräsident Tusk „Heute wird ein Traum wahr“ und EU-Kommissionpräsident Juncker sprach von der „schlafenden Schönheit des Lissabon-Vertrages“,

die nun erwacht sei. PESCO soll militärische Fähigkeiten und Kapazitäten stärker bündeln und militärische Kooperationsprojekte voranbringen. Truppenverbände sollen schneller bereitgestellt und verlegt, die bestehenden militärischen EU-Missionen und EU-Battlegroups ausgebaut und effizienter werden. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich weiterhin, ihre Militärhaushalte regelmäßig zu erhöhen und in die Rüstungsforschung zu investieren.

Der neu geschaffene Europäische Verteidigungsfonds ist ein weiterer zentraler Baustein der verschärften Militarisierung auf EU-Ebene. Gemäß den Plänen soll der Fonds 13 Milliarden Euro aus dem nächsten langfristigen Haushalt der EU erhalten. Es geht vor allem um eine gemeinsame Verteidigungsforschung und Kofinanzierung von militärischen Projekten. Dazu könnte dann auch die Entwicklung neuer Waffensysteme zählen, darunter eine „Euro-Drohne“.

Arbeit und Soziales

Sozialpolitik ist auf EU-Ebene fast nur Beiwerk zum neoliberalen Kern der EU. Zu Recht fordern wir gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen. Allerdings ist der neoliberale Dreiklang aus „Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung“ fester Bestandteil der Strategie der EU und zementiert in den Verträgen. Eine Kernforderung un-

sererseits ist daher die grundlegende Revision der EU-Verträge. Soziale Grundrechte, erreichte Standards und die Tarifautonomie müssen Vorrang vor der Freiheit der Märkte und Wettbewerbsfähigkeit haben. Über eine neue Vertragsgrundlage müssen Volksabstimmungen in allen EU-Mitgliedstaaten abgehalten werden. In der EU stehen Absichtserklärungen zur „Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ die erzwungenen Lohn- und Rentenkürzungen sowie einer Politik des Sozialabbaus und der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge gegenüber. Die deutsche Bundesregierung trägt hierfür eine wesentliche Verantwortung und muss im Fokus unserer Kritik stehen.

Jede 5. Person in der EU ist bereits von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht und nun soll der Kohäsionsfonds zur Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb der Union in den kommenden Jahren gar um 10 Prozent gekürzt werden. In dieser Gemengelage klingt es wie ein schlechter Scherz, wenn Juncker sagt: „Das europäische Sozialmodell ist eine Erfolgsgeschichte und

hat Europa zu einem erstklassigen Lebens- und Arbeitsort gemacht“e.

Auf in einen kämpferischen Wahlkampf

Diese EU braucht unbedingt eine starke Linke, die sich nicht unterbuttern lässt, sondern die Unterscheidung und im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung auftritt. Lasst uns einen geschlossenen, angriffslustigen Wahlkampf für eine andere EU führen, der sich in seiner Kreativität und Positionen von den lauwarmen EU-Worten der anderen Parteien abhebt.

Anknüpfen können wir an die Empörung vieler Menschen über den krassen Widerspruch zwischen propagierten Werten der EU und der konkreten Politik, die von Aufrüstung und verstärkter sozialer Ungleichheit geprägt ist. Dieser Unmut kommt aktuell hierzulande z.B. durch die „Seebrücke-Bewegung“ gegen die inhumane Migrations- und Flüchtlingspolitik zum Ausdruck. Auch die aktuellen Proteste der „Gelbwesten-Bewegung“ hängen mit der EU-Politik zusammen, denn diese ist durch ihre Kürzungspolitik

mitverantwortlich für die Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Teile der Bevölkerung.

DIE LINKE muss mutig das aussprechen, was ist. Kritik an der EU darf sie nicht den Rechtspopulisten überlassen. Eine unkritische Verteidigung der real-existierenden EU als „kleineres Übel“ ist nicht hilfreich, sondern treibt den Rechtspopulisten Wähler zu. Als Linke stehen wir klar gegen die neoliberale Kürzungspolitik und die nationalistische und rassistische Politik der Rechten, deren Aufstieg durch die marktliberale, undemokratische Politik der EU begünstigt wurde. Das Fundament unserer Politik ist die Solidarität. Nur DIE LINKE ist die antikapitalistische Kraft für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Antirassismus und Solidarität. Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine EU der Millionäre!

Judith Benda ist Mitglied des Parteivorstands der LINKEN und des Vorstands der Partei der Europäischen Linken, sie lebt in Berlin und Brüssel



Veränderungsstrategien von links

Da Kernthemen linker progressiver Politik längst Gegenstand internationaler Auseinandersetzungen geworden sind, muss die Linke auch auf dieser Ebene verstärkt politisch eingreifen, erläutert **Martin Schirdewan**.

Die Zunahme internationaler Gewerkschaftskämpfe - amazon, ry-anair, Coca-Cola, Siemens etc. - und damit das Suchen nach einer grenzüberschreitenden Praxis internationaler Solidarität verdeutlicht, dass auch die soziale Frage neben ihrer nationalstaatlich organisierten längst eine internationale Dimension gewonnen hat. Dies kann als natürliche Reaktion auf die Internationalisierung der Produktion, auf die Etablierung transnationaler Wertschöpfungsketten, verstanden werden.

Dass es für die Frage von Krieg oder Frieden keine nationale Lösung geben kann, ist ebenso ein Gemeinplatz wie der, dass der Klimawandel nicht an Grenzen haltmacht. Steuergerechtigkeit ohne internationale Kooperation? Angesichts der gegeneinander gerichteten Steuerpolitik vieler Staaten - klare Fehlanzeige. Universelle Menschenrechte...

Bedeutung der internationalen und EU-Ebene

Dass Kernthemen linker progressiver Politik längst Gegenstand internationaler Interessenkonflikte und Auseinandersetzungen geworden sind, erfordert von der Linken, entsprechend auf internationaler Ebene in diese Konflikte zu intervenieren. Die Annahme der europäischen politischen Arena durch die Linke ist dafür Voraussetzung, jedoch nicht die Akzeptanz ihrer Funktionsweise, ihrer institutionellen Organisation, ihrer rechtlichen Grundlagen, also ihrer Rahmenbedingungen. Diese müssen kritisch hinterfragt werden,

weil sie häufig selbst Ausdruck vermachteter Interessen sind.

Für mich heißt das, dass wir als Linke selbstverständlich auch auf europäischer Ebene und damit auch im Rahmen der EU politisch agieren und uns in die realen Interessenausinandersetzungen im Sinne unserer politischen Überzeugungen einbringen. Kürzlich hat die Kommission ihr sogenanntes company law package vorgestellt, mit dem die Niederlassungsfreiheit der Unternehmen rechtlich neu geregelt werden soll. Dazu hatte der EuGH die Kommission im Jahr 2017 mit dem Polbud-Urteil verpflichtet. Insbesondere die europäischen Gewerkschaftsverbände haben massiv gegen den Kommissionsvorschlag mobilisiert, da sie erhebliche Nachteile für gewerkschaftliche Aktivitäten einerseits und Steuerflucht durch die Unternehmen andererseits befürchteten. Gemeinsam mit anderen Fraktionen konnte die Linke hier erfolgreich gewerkschaftliche Rechte im Europäischen Parlament verteidigen und Steuerschlupflöcher schließen.

Um solche, wenn auch bescheidenen Teilerfolge zu erzielen, bedarf es einer gestärkten Linken auch im Europäischen Parlament. Vor allem aber bedarf es einer gesellschaftlich gestärkten Linken. Um die Verhältnisse nachhaltig zu verändern - und sie sind veränderbar - braucht es die Perspektive einer gesellschaftlichen progressiven Mehrheit, aus der wiederum eine gesellschaftliche Machtperspektive entwickelt werden kann. Dass Macht hier nicht

mit Parlamentarismus und/oder Regierung gleichgesetzt wird und Ohnmacht nicht mit Opposition, ist eindeutig. Die Veränderung der Machtverhältnisse kann dann entsprechende gesellschaftspolitische Veränderungen nach sich ziehen. Auch die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Organisation selbst, begreift man sie als Ausdruck geronnener Interessen, könnten dann (theoretisch) verändert werden, um die Interessendurchsetzung zu erleichtern.

Zwei gesellschaftliche Kampffelder

Für die Linke bedeutet das meiner Ansicht nach, dass wir es mit zwei gesellschaftlichen Kampffeldern zu tun haben. Erstens die Auseinandersetzung um konkrete Gegenstände von Politik, wie die soziale Frage, die Besteuerung großer Unternehmen, den Kampf gegen den Klimawandel, für universelle Menschenrechte, etc. und zweitens die Auseinandersetzung um die Rahmenbedingungen von Politikgestaltung, wie etwa demokratische Entscheidungsverfahren, Transparenz, die institutionelle Gestalt von Politik, die vertraglichen Grundlagen, etc.

Das erste Kampffeld zieht sich über verschiedene Ebenen. Die Auseinandersetzungen um Inhalte bzw. gesellschaftlich widersprüchlich verhandelte Interessen findet auf mehreren Ebenen statt. Auf der europäischen Ebene ebenso wie auf der nationalstaatlichen wie auf der regionalen. Die dahinter ste-

hende - und für die Linke zukünftig zu klärende Frage - lautet: Welche Kompetenz kann sinnvollerweise auf welcher Ebene am besten verarbeitet werden bzw. ist wünschenswerterweise auf dieser oder jener Ebene zu bearbeiten? Ein Beispiel: die europäische Ebene definiert die Klimaschutzziele. Die Staaten erarbeiten eine Strategie, die die verschiedenen Faktoren wie den Energieverbrauch der Unternehmen und der privaten Haushalte, sozial-ökologische Umbauprozesse bei Überwindung fossiler Energieträger, energetische Gebäudesanierung, Verkehr, etc. umfasst und den Klimaschutzziele entspricht. Die Regionen/Kommunen erarbeiten mit den Bürger*innen vor Ort, angepasst an die lokalen Gegebenheiten, entsprechende Aktionspläne. Und werden nicht auf den Kosten sitzengelassen, sondern aus europäischen und staatlichen Fonds unterstützt.

Ähnliche Ideen bedarf es im sozialen Bereich, legt man die zu erwartenden Umbrüche in der Arbeitswelt wegen der fortschreitenden Digitalisierung und der Einführung moderner Technologien zugrunde.

Rahmenbedingungen von Politikgestaltung

Das zweite Kampffeld ist auf die Rahmenbedingungen von Politikgestaltung ausgerichtet. Verhindern Verträge öffentliche Investitionen oder Maßnahmen, die die Binnenanfrage stützen, sollten sie geändert (oder abgeschafft) werden. Haben Lobbyisten zu viel Einfluss, muss der durch verbindliche Transparenzregeln eingedämmt und überwunden werden. Hat die einzige demokratisch gewählte Institution, also das Europäische Parlament, nur mitbestimmende legislative Rechte, dann sollten diesem nach Ansicht der Linken das Initiativrecht gegeben werden, um die Dominanz von Kommission und Rat zu brechen. Mehr direkte Mitbestimmung der Bürger*innen in Entscheidungsprozessen durch die Stärkung von direkter Demokratie wäre ein weiterer zu benennender Punkt dieser Auseinandersetzung.

Zu jeder Veränderungsperspektive von links gehören zudem zwei weitere wesentliche Erfolgsvoraussetzungen: Gesellschaftliche Mehrheiten

werden über eine entsprechende Mobilisierung und Bündnisfähigkeit erreicht. Mobilisierung findet entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien/Themen statt. Die Linke steht vor der Aufgabe, diese Konfliktlinien thematisch (und habituell: aber dazu und zu verbindenden Milieus gern ein andermal mehr) glaubwürdig zu besetzen und mit ihren politischen Vorschlägen entsprechende gesellschaftliche Mehrheiten zu erringen. Glaubwürdigkeit erwächst auch aus einer glaubwürdigen gesellschaftlichen Erzählung. Vielleicht von einem Europa, das seinen Bewohner*innen egal welchen Alters, in welcher Region sie leben und unabhängig von ihrer Herkunft ein gutes und gelingendes Leben ermöglicht.

Martin Schirdewan ist Mitglied des Europäischen Parlaments und bewirbt sich um die männliche Spitzenkandidatur für die Partei DIE LINKE bei der Europawahl 2019



Warum die Republik Europa auch keine Lösung ist

Dass die EU nicht so bleiben kann wie sie ist, ist zumindest in der Linken inzwischen Gemeingut. Gerade Linkliberale und unser Reform*innenlager propagieren die Republik Europa. Grund genug für **Jakob Migenda**, das Konzept einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Schon seit den 2010er Jahren geistert die Idee der Republik Europa als einen neuen Weg jenseits von scheinbar eingefahrener EU-Kritik und dem Glauben an eine Reformierbarkeit der EU immer wieder durch den politischen Diskurs. Wirklich Form nahm die Idee aber erst mit Ulrike Guérot's Buch Warum Europa eine Republik werden muss an. Seither vertreten sie und ihre Anhänger*innen das Konzept nicht zuletzt im Thinktank European Democracy Lab, das vor allem durch hipbes Design und gute Vernetzung im liberalen Politikberatungs- und Wissenschaftsbetrieb auffällt. Das Quasi-Manifest bleibt dabei das Buch der Professorin an der Donau-Universität Krems, die auch schon für den damaligen außenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion Karl Lammers und den German Marshal Found arbeitete.

Grundsätzlich leuchtet ihre Problembeschreibung der heutigen EU erst einmal ein. Guérot konstatiert, dass die EU an einem grundsätzlichen Demokratiedefizit, fehlender sozialer Gleichheit und überbordendem Nationalismus leidet. Stattdessen brauche es eine Gesellschaft, die am Gemeinwohl orientiert ist und in der die Souveränität bei den Bürger*innen liegt. Die Lösung kann für sie nicht in einer reformierten EU, die sich weiter auf den Zusammenschluss souveräner Nationalstaaten

stützt oder in einem völligen Zurück zum Nationalstaat liegen. Der Ausweg könne nur in der – wie sie selbst betont – utopischen neugegründeten Republik Europa liegen, die ihre Legitimation direkt aus der Volkssouveränität zieht.

Hier fängt schon das grundsätzliche Problem von Guérot's Argumentation an, ihr Konzept ist utopisch. Es hat praktisch keine Ansatzpunkte für reale Veränderungsperspektiven – kann also als wirklich politisches Projekt und nicht bloßes utopisches Gedankenexperiment wenig bieten. Deshalb betont sie selbst, dass nichts weniger als eine Revolution notwendig wäre. Doch ein revolutionäres Subjekt muss man leider vergeblich suchen, Freiheit und Gleichheit der europäischen Republik würden laut ihr stattdessen in neuartigen Arenen wie sozialen Netzwerken erkämpft.

Wie sieht die Republik Europa aus?

Doch nehmen wir einmal an, die digital vorangetriebene Revolution ohne revolutionäres Subjekt würde gelingen. Wie sieht die Republik Europa aus? Sie beruht auf dem formalen rechtlichen Gleichheitsgrundsatz, one (wo)man one vote. Alle Bürger*innen sollen mit gleichem Stimmrecht ein Abgeordnetenhaus als erste Kammer und einen Präsidenten wählen. Als zweite Kammer kommt ein Senat hinzu, der aus je zwei direkt gewählten Senator*innen pro Region – die als kleinere Einheit die bestehenden Staaten ersetzen sollen – gebildet wird. Die Regierung ist von der politischen Mehrheit im Parlament abhängig. Sie sollen mehr oder weniger jene Politikfelder bestimmen, die heute bei den Nationalstaaten liegen, alles weitere soll an die Regionen delegiert werden. Seinen sozioökonomischen Unterbau soll das System in einheitlicher Besteuerung und sozialem Sicherungssystem bekommen.

Aus diesem Entwurf der Republik Europa leiten sich einige Fragen ab, die ich im Folgenden näher betrachten will: 1. Was heißt Gleichheit als wichtige Voraussetzung für die Republik Europa? 2. Wie soll die wirtschaftliche Grundlage der Republik aussehen um die Gleichheit zu garantieren? 3. Durch Größe, Vielsprachigkeit und fehlende gemeinsame europäische Öffentlichkeit ist die europäische Politik heute kaum demokratisch kontrollierbar, wie begegnet Guérot diesem Problem? und 4. Welche Rolle spielen die Regionen?

Republikluft macht gleich?

Guérot konstatiert, dass in der jetzigen EU Gleichheit weder politisch-rechtlich, noch sozial gegeben ist. Für eine gemeinwohlorientierte Republik sei eine relativ starke Gleichheit allerdings notwendig. In einer ungleichen und gespaltenen Gesellschaft kann es nur viele im Widerspruch zueinander stehende Willen geben. Hier ist ihr von einem sozialistischen Standpunkt aus durchaus

Die Republik Europa gleicht diesem Frauenkörper ohne Grenzen, so Guérot



beizupflichten: zwischen Unterdrückenden und Unterdrückten, zwischen Eingeschlossenen und Ausgeschlossenen, kann es kein gemeinsames Interesse geben.

An genau diesem Punkt tappt Guérot jedoch sofort in die liberale Falle. Gleichheit ist für sie mit Chancengleichheit weitestgehend erfüllt. Soziale Gleichheit gibt es für sie lediglich als Abfederung schlimmster Auswüchse des Kapitalismus in Gestalt eines gleichen Zugangs zu Sozialversicherungen und nicht näher spezifizierten sozialen Rechten. Weitergehende soziale Gleichheit wie die nötige Abschaffung oder zumindest deutliche Begrenzung der Klassenunterschiede und daraus resultierender Klassenmacht fasst sie gar nicht ins Auge. Damit argumentiert sie aber – ganz im Gegensatz zum eigenen Anspruch – überhaupt nicht republikanisch, sondern ganz liberal. In Bezug auf höhere Gleichheit ist das Konzept der Republik Europa gegenüber dem Nationalstaat also keineswegs ein Fortschritt, sondern höchstens ein auf der Stelle tappen.

It's the economy stupid!

Diese Probleme setzen sich auf dem wirtschaftlichen Feld fort. Auch hier trägt Guérot den Anspruch der Gemeinwohlbindung vor sich her. Doch außer ein paar warmen Worten wie dem Aufruf zu mehr genossenschaftlichem und regionalem Produzieren oder einer vagen Befürwortung eines Bedingungslosen Grundeinkommens hat sie eigentlich nichts zu bieten, was politökonomisch ein neues Europa begründen könnte.

Einen Lichtblick gegenüber der jetzigen EU stellt hier lediglich ihre Zielsetzungen eines harmonisierten Steuer- und Sozialsystems dar. Womit das jetzige kaputt konkurrieren der Europäischen Staaten beendet würde und eine reale politökonomische Entscheidungsmöglichkeit auf europäischer Ebene bestünde. Eine offene Frage ist natürlich die konkrete Steuerung angesichts starker ökonomischer Ungleichheiten.

Größe und Demokratie

Wie kann die Regierung eines so großen und sprachlich vielfältigen Gebietes wie Europa effektiv demokratisch von den Staatsbürger*innen kontrolliert werden? Diese Frage stellt sich heute in der EU und wird sich auch in einem als Republik verfassten Europa weiter stellen.

Das politische System der Republik

Europa ist rein parlamentarisch. Damit trägt es auch die Probleme der repräsentativen Demokratie in sich: Die Bindung der politischen Entscheidungen an die Volkssouveränität ist sehr schwach, da sie nur durch alle vier bis fünf Jahre stattfindende Wahlen hergestellt wird. In der Zwischenzeit ist der Kontakt mit Lobbyist*innen und den Interessen des Kapitals deutlich größer als mit den Wähler*innen und ihren Interessen. Durch die noch größere Entfernung zu Brüssel potenziert sich dieses Problem notwendigerweise in Europa, egal wie es verfasst ist. Um demokratische Kontrolle zu ermöglichen sind also Gegenmittel notwendig.

Die von Guérot vorgeschlagenen Maßnahmen sind aber nicht nur relativ unwirksam, sondern auch im Kern elitär und antidemokratisch. Sie schlägt Methoden wie Liquid-democracy, deliberative social-media-Plattformen oder Hackathons vor um den Bürger*innenwillen jenseits der Wahlen Geltung zu verschaffen. Der Gebrauch dieser Mittel setzen jedoch ein gewisses technisches Grundverständnis und hohes kulturelles Kapital voraus. Menschen ohne Englischkenntnisse, mit wenig Zeit neben Beruf und/oder Care-Arbeit und Nicht-Digital-Natives, werden also von der demokratischen Partizipation weitestgehend ausgeschlossen. Machtinstrumenten, die sie nutzen können, insbesondere Parteien und Plebisziten steht Guérot hingegen äußerst kritisch und teils sogar mit liberaler Angst vor der angeblichen Gefahr des Mobs gegenüber. Guérot feiert die digitalen Beteiligungsformate als „Pop Demokratie“. Doch in Wahrheit wäre es ein durch und durch elitärer Versuch einer zunehmend auch von Abstieg und fehlender Partizipationsmöglichkeit betroffenen hoch gebildeten polyglotten jungen akademischen Mittelschicht ihren Machtanteil in der Gesellschaft zu behaupten. Die Teile der Arbeiter*innenklasse, die diese Möglichkeiten nicht haben, werden keinen Moment mitgedacht.

Die Nation ist tot, es lebe die Region!

Stellt sich zu guter Letzt noch die Frage, was es mit den Regionen auf sich hat, die die Republik bilden sollen und damit die Nationalstaaten als Träger ersetzen sollen. Guérot geht davon aus, dass sich die Menschen in aller erster Linie mit ihrer Region und weniger mit der Nation identifizieren – wieso das so ist und

ob es wirklich so ist, begründet sie nicht wirklich. Guérot meint Region, Nation und Europa seien eine Ebene zu viel. Außerdem trage der Nationalstaat zu viel alten Ballast mit sich herum und würde die Demütigung sich einer Republik unterzuordnen und nicht mehr Souverän zu sein, nicht verkraften. Deshalb müssten die Staaten abgeschafft werden und durch etwa gleich große ca. 7 bis 15 Millionen Einwohner*innen umfassende „traditionelle Kulturregionen“ ersetzt werden.

Ähnlich große Regionen mögen einen Vorteil für eine gewisse Gleichheit der Wahlen zum Senat und eine relativ praktische Verwaltungsgröße haben, aber eine wirkliche qualitative Verbesserung stellen auch sie nicht her. Sie werfen sogar zusätzliche Folgeprobleme auf: Was passiert mit den immerhin 12 von 28 Ländern der heutigen EU die weniger als 7 Millionen Einwohner*innen haben? Inwiefern verbessert sich die demokratische Partizipationsmöglichkeit für Slowen*innen, wenn sie nicht einmal mehr eine politische Ebene haben in der die meisten von ihnen die gleiche Muttersprache haben, sondern in einer Region eine kleine Minderheit sind? Wie sollen die neuen Regionen bestimmt und abgegrenzt werden? Wer entscheidet über die Begrenzungen und würde der Streit um die Begrenzung nicht zu neuen enormen ethnisch-kulturellen Konflikten führen und so Klassenausgrenzungen überlagern? Und schließlich, was spricht eigentlich dagegen, eine mittlere politische Ebene mit gleicher Landessprache beizubehalten? Schließlich gibt es eine Menge Angelegenheiten, die für die regionale Ebene zu groß und für die europäische Ebene zu klein wären.

Die Republik Europa wäre gewiss kein Rückschritt gegenüber der jetzigen EU, aber auch keine grundlegende Verbesserung. Eine wirkliche demokratische und sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft sieht definitiv anders aus. Beschäftigen wir uns lieber mit wirklichen Verbesserungen, statt Unmengen an Arbeit zu investieren um auf der Stelle zu treten.

Jakob Migenda wohnt in Darmstadt, er ist Geschäftsführer der SL und Bundessprecher der linksjugend [solid].

Lage und Perspektive der europäischen Linken

Nicht nur wegen der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament, sondern auch wegen der politischen Umbrüche steht die Linke in Europa vor großen Herausforderungen. Die linken Kräfte sind insgesamt gesehen in Europa doch relativ schwach und zudem gespalten. Ein Überblick von **Heinz Bierbaum**.



Angesichts der Krise der neoliberal geprägten europäischen Politik, des Aufstiegs der extremen Rechten und des Niedergangs der Sozialdemokratie muss die Linke sich der Aufgabe stellen, sich als eine alternative Kraft in Europa zu profilieren. Sie muss wirksam für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa eintreten. Dafür ist sie allerdings nicht besonders gut gerüstet.

Ein Überblick

Das Panorama der linken Kräfte in Europa hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Neue linke Bewegungen wie *Podemos* oder *France Insoumise* sind entstanden, während die kommunistischen Parteien an Bedeutung verlieren. Stark ist die Linke in Teilen Südeuropas. So in Portugal mit den allerdings konkurrierenden *Kommunisten* und dem *Bloco de Esquerda*, in Spanien mit den kooperierenden Parteien *Izquierda Unida* und *Podemos* und in Griechenland mit Syriza. Syrizas Regierungspolitik steht jedoch stark in der Kritik, und hat zu Zerwürfnissen innerhalb der europäischen Linken geführt. In Italien dagegen ist die Linke zumindest parteipolitisch am Ende. In Frankreich haben wir unterschiedliche Entwicklungen mit der neuen Bewegung *France Insoumise*, die Bewegung *Génération.s*, entstanden aus den Trümmern der Sozialistischen Partei, einer an Bedeutung verlierende kommunistische Partei und einer relativ stabilen aber kleinen trotzkistischen Formation.

Einen Aufschwung erlebt die Partei der Arbeit (PTB) in Belgien und in den Niederlanden ist die *Sozialistische Partei* trotz einiger Rückschläge stark. In Schweden hat die *Linkspartei* an Zustimmung gewonnen, in Finnland ist *Links-Allianz* stark, während die kommunistische Partei stark zurückgegangen ist. In Dänemark sind von den linken Parteien die Rot-Grünen-Einheitslisten am stärksten. In Norwegen ist vor allem die Sozialistische *Linkspartei* zu nennen. In Deutschland hat sich DIE LINKE zu einem stabilen und relevanten politischen Faktor entwickelt. Im östlichen Europa sind die linken Parteien sehr schwach. Ausnahmen stellen die *Kommunistische Partei Böhmens und Mährens* in der Tschechischen Republik und *Levica* in Slowenien dar. In anderen mittel- und osteuropäischen Ländern gibt es kleinere linke Gruppen wie z.B. *Razem* in Polen.

Ein Großteil dieser Parteien arbeitet in der 2004 gegründeten Partei der Europäischen Linken (EL) zusammen und koordinieren ihre Arbeit. Allerdings sind bedeutende linke Parteien wie die kommunistische Partei Portugals, *Podemos* oder die belgische PTB und die niederländische SP nicht Mitglied der EL. Die französische *Parti de Gauche (PG)* ist aus der EL ausgetreten, weil ihrem Antrag auf Ausschluss von Syriza aus der EL nicht stattgegeben wurde. PG hatte den Ausschluss wegen der aus ihrer Sicht neoliberalen Politik der von Syriza geführten griechischen Regierung gefordert. Im Europäischen Parlament bilden die linken Parteien mit Ausnahme der KKE, der griechischen kommunistischen Partei, eine eigene Fraktion: die *GUE/NGL (European United Left – Nordic Green Left)*. Die konföderale Fraktion ist politisch sehr heterogen, aber einig in der Kritik an den Europäischen Verträgen und im Ziel der Beendigung der Austeritätspolitik in Europa und des Aufbaus eines demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Europas.

Zugleich kam es zu neuen Entwicklungen. Zu nennen ist zunächst die von Yanis Varoufakis initiierte Bewegung *DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025)*. Diese Bewegung wurde als Konsequenz der Erfahrungen mit der demokratisch nicht legitimierten Troika in Griechenland mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung Europas gegründet. DiEM25 hat sich inzwischen zu *European Spring* im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament erweitert und kooperiert u.a. mit *Demokratie in Bewegung* in Deutschland und *Génération.s* in Frankreich. Eine weitere europaweite Kooperation mit dem Namen *Maintenant le Peuple* wurde von Jean-Luc Mélenchon mit *France Insoumise*, dem *Bloco* in Portugal und *Podemos* in Spanien ins Leben gerufen, der sich auch die skandinavischen Linksparteien angeschlossen haben. *Maintenant le Peuple* orientiert vor allem auf den Widerstand der Völker gegen die Politik der EU und die ihr zugrunde liegenden Verträge.

Differenzen und Gemeinsamkeiten

Eine der zentralen Kontroversen innerhalb der europäischen Linken betrifft bereits seit einigen Jahren den sogenannten Plan B und damit vor allem die Währungsfrage sowie das Verhältnis von EU und nationaler

Souveränität. Plan B bezieht sich auf einen Plan A, der eine umfassende Demokratisierung der EU vorsieht. Sollte dies nicht gelingen, soll es den einzelnen Staaten erlaubt sein, die Eurozone zu verlassen und zur nationalen Währung zurückzukehren. Die unterschiedlichen Positionen im Hinblick auf die Rolle des Euro bestehen fort, allerdings ist die anfangs stark propagierte Exit-Option derzeit eher in den Hintergrund gerückt.

Kontrovers ist auch die Frage, ob die EU auf Basis der geltenden Verträge reformierbar ist. Ganz überwiegend wird jedoch die Auffassung vertreten, dass die Verträge eine neoliberale Politik zur Konsequenz haben und damit keine Basis für das gewollte andere Europa darstellen. Am stärksten wird diese Kritik in den Erklärungen von *Maintenant le Peuple* ausgedrückt, in denen zum Ungehorsam gegenüber den Verträgen aufgefordert wird. Aber auch die Plattform der EL zu den Europawahlen und DIE LINKE fordern eine grundlegende Veränderung der Verträge und einen Neustart der EU. Freilich gibt es zwischen den Mitgliedsparteien der EL und innerhalb dieser Parteien ebenso wie auch in der LINKEN sehr unterschiedliche Positionen zur Einschätzung der EU und ihrer Reformfähigkeit.

Auf der anderen Seite gibt es jedoch wichtige Gemeinsamkeiten. Alle plädieren für eine Beendigung der neoliberalen Austeritätspolitik und insbesondere die Abschaffung des Fiskalpakts, der öffentliche Investitionen hemmt. Stattdessen wird sich für ein Investitionsprogramm zur Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in den für die gesellschaftliche Entwicklung wichtigen Bereichen mit Ausrichtung auf eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ausgesprochen. Dazu gehört auch eine Veränderung der Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB soll Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung und vor allem für die Schaffung von Arbeitsplätzen übernehmen. Finanzmärkte sollen der demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Die Finanzspekulationen müssen verboten und die Steuerparadiese geschlossen werden. Die Forderung der Gewerkschaften nach verbindlichen sozialen Rechten wird ebenfalls unterstützt. Und schließlich sprechen sich alle Kräfte der Linken klar gegen eine weitere Militarisierung und für Abrüstung und Frieden aus.

Perspektiven

Trotz aller politischer Kontroversen überwiegen die gemeinsamen politischen Positionen, so dass einer engeren Zusammenarbeit nichts im Wege stehen dürfte. Tatsächlich jedoch tritt die Linke in Europa nicht geschlossen, sondern getrennt und zum Teil auch gegeneinander auf. So werden Varoufakis in Deutschland und weitere Mitglieder von *European Spring* in anderen Ländern zu den Europawahlen kandidieren und damit in Konkurrenz zu dortigen linken Parteien. Große inhaltliche Unterschiede sind nicht auszumachen, bestehen doch beispielsweise zwischen den Programmen der EL und der LINKEN und Varoufakis' „New Deal“ und seinem Plädoyer für eine umfassende Demokratisierung keine grundlegenden Differenzen. Auch das Vorgehen von „Maintenant le Peuple“ in Absetzung von der EL ist weniger inhaltlichen Differenzen geschuldet als vielmehr unterschiedlicher strategischer Ausrichtung. Mélenchon verfolgt mit *France Insoumise* eine klar linkspopulistische Strategie und propagiert die „Révolution Citoyenne“. Das kann man von den anderen Parteien, die sich „Maintenant le Peuple“ angeschlossen haben, so nicht sagen. Sie teilen allerdings die Orientierung auf Bewegung und sind sich mit Mélenchon in der harten Kritik an der EU und den ihr zugrundeliegenden Verträgen einig. Da dazu auch Parteien gehören, die Mitglied der EL sind, wirft dies Fragen für die EL auf. Diese sind bislang nicht wirklich angegangen worden. Es ist überhaupt ein Defizit der EL, dass grundlegenden politischen Kontroversen eher ausgewichen wird, als dass sie ernsthaft diskutiert werden. Doch gibt es auch Ansätze einer Verständigung. Dazu zählt das von der EL initiierte und maßgeblich organisierte Europäische Forum. Das erste fand 2017 in Marseille statt, das zweite im November letzten Jahres in Bilbao. Absicht ist es, eine breite Plattform für die Linke in Europa zu schaffen, die deutlich über das Spektrum der EL selbst hinausgeht und auch weitere progressive und ökologische Kräfte einbeziehen will. Dies gelang zumindest teilweise. So beteiligten sich in Bilbao neben den Parteien der EL auch der „Progressive Caucus“, eine Kooperation progressiver Abgeordneter im Europaparlament, *Génération.s*, VertreterInnen der Grünen und weiteren linken Parteien, die nicht der EL angehören, sowie Gewerkschaften. In der Abschlusserklärung

werden als Schwerpunkte künftiger Arbeit und gemeinsamer Aktionen ein neues ökonomisches Modell sozialer und ökologischer Entwicklung, die Erarbeitung eines Protokolls, das die Geschlechtergleichheit in allen Sphären des Lebens vorsieht, die Durchführung einer paneuropäischen Konferenz für Frieden und kollektive Sicherheit und für eine solidarische Migrationspolitik sowie die Erarbeitung einer Charta zur Respektierung der Souveränität der Völker genannt.

Insgesamt gesehen waren die europäischen Foren in Marseille und Bilbao wichtige Schritte auf dem Weg zu einer verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Linken. Allerdings bedarf es weiterer Anstrengungen, um sich als Alternative sowohl zur dominierenden neoliberalen Politik als auch zum Nationalismus und Rassismus der extremen Rechten zu profilieren. Notwendig ist insbesondere, dass sich die in ihren strategischen Ansätzen sich unterscheidenden Formationen von EL, DiEM25 bzw. „*European Spring*“ und „*Maintenant le Peuple*“ sich untereinander verständigen und zu einer politischen Kooperation kommen. Angesichts der doch recht breiten Übereinstimmung in zentralen politischen Fragen sollte bei Anerkennung gerade auch unterschiedlicher Positionen dies möglich sein. Dazu müssen jedoch die politischen und auch persönlichen Egoismen überwunden werden.

Heinz Bierbaum ist Vorsitzender der Internationalen Kommission der Partei und DIE LINKE und für diese Mitglied im Politischen Sekretariat der Europäischen Linkspartei

Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei

Die Linke muss die Lehren aus dem Scheitern SYRIZAs ziehen und der wachsenden Wut in Europa eine Perspektive der Veränderung anbieten finde **Ulrike Eifler**.

Europa kommt nicht zur Ruhe. Proteste in Frankreich, Ungarn und Serbien prägen das Bild ebenso wie eine stärker werdende Rechte. Das Unbehagen und der Zorn wachsen und die Rechte schickt sich an, abzurufen, was neoliberale Politiker seit Beginn der Eurokrise säen: Eine autoritäre Politik sozialer Verwüstung, Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die Linke dagegen wirkt ratlos. Vom linken Aufbruch, der die Krisenproteste ab 2010 vor allem in Südeuropa begleitet hatte, ist nur noch wenig zu spüren. Seit der Unterzeichnung des dritten und zugleich schärfsten Memorandums durch SYRIZA im Sommer 2015 scheinen die Hoffnungen auf Veränderung in Europa eingetrübt.

Widerstand gegen die Troika

Dabei hatten der deutliche Wahlerfolg der griechischen Linken und eine Lawine an sozialen Kämpfen die Kräfteverhältnisse in Europa kräftig durchgerüttelt: Demonstrationen mit mehr als 800.000 Teilnehmer*innen. Generalstreiks. Besetzungen. Der Kampf um den Erhalt des staatlichen Senders, die Reinigungskräfte, die monatelang auf dem Syntagma-Platz kampierten und wunderbare Momente der Selbstorganisation hatten den Widerstand gegen die Troika geprägt. Und er wurde nirgendwo leidenschaftlicher geleistet als in den Straßen Athens.

Der Aufstieg SYRIZAs war Folge dieser Kämpfe, und es ist wichtig zu verstehen, in welchem Verhältnis Partei und Bewegung standen. Die Kämpfe hatten die Austeritätspolitik trotz ihrer Radikalität und Mobilisie-

rungsstärke nicht verhindern können. Aus diesem Grund verschob sich die Perspektive der Veränderung schrittweise von der Straße ins Parlament. Sie mündete in den Versuch, die Politik der Troika auf der politischen Ebene zu bekämpfen, nachdem dies über soziale Kämpfe nicht gelungen war. Mit der Unterzeichnung des Memorandums war nicht nur eine linke Verhandlungsstrategie gescheitert, sondern auch der Versuch, den sozialen Verwüstungen eine alternative Politik der radikalen Linken entgegenzusetzen.

Die Klassenangriffe nehmen zu
Der Vorwurf, SYRIZA habe den Konsens der Anti-Austeritätspolitik verlassen, wie ihn die französische Parti de Gauche erhebt, ist jedoch ebenso wenig hilfreich wie die Feststellung, unter dem Druck der Erpressung hatte SYRIZA keine andere Wahl. Ihr Scheitern ist weitaus mehr als das Ergebnis einer erfolgreichen Erpressung und deutlich weniger als gewissenloser Verrat. Es ist vielmehr das Ergebnis einer aggressiven Unterwerfungsstrategie, der eine Strategie entgegengesetzt wurde, die schlicht unwirksam war.

Sowohl der Wahlerfolg SYRIZAs als auch der massive Druck der Eurogruppe markierten den Eintritt in eine neue Phase klassenpolitischer Mobilisierungen auf beiden Seiten. Für die europäischen Institutionen ging es um mehr als um einen Verhandlungserfolg, denn die Griechenlandkrise hatte auch die Widersprüche kapitalistischer Entwicklung und europäischer Integration sichtbar gemacht. Weil eine Kurskorrektur nicht in Frage kam, blieb als Alternative nur die Zuspitzung: der

neoliberale Umbau Europas und ein weitgehender Abbau sozialstaatlicher Kompromisse. Diese Strategie lief auf eine Verfestigung der Ungleichheit und ihre Transformation in Herrschaftsverhältnisse hinaus, die die Überwachung von Haushaltsmitteln und die Ablehnung von Haushaltsdefiziten autoritär zuspitzten: Disziplin ohne Widerspruch, Eingriff in souveräne Staatsrechte, Ignoranz des Wähler*innenwillens und rücksichtslose Sozialkürzungen.

Um diesen Kurs zu halten, musste die SYRIZA-Regierung destabilisiert werden. Das Austrocknen der Notkredite und die Drohung der EZB, griechische Banken zu schließen, begleiteten die Verhandlungen von Anfang an. Eine Strategie, die der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis als „finanzpolitisches Waterboarding“ bezeichnete. Die Regierung wurde an den Rand eines finanziellen Erstickungstodes gebracht. Kurz vor der tatsächlichen Zahlungsunfähigkeit stellten die Gläubiger gerade eben so viel Liquidität zur Verfügung, dass die nach Luft ringende Regierung am Leben blieb. So wuchs der Druck, in der anschließenden kurzen Atempause die von den Gläubigern geforderten Maßnahmen zu unterschreiben.

Die Gegenstrategie erwies sich als ungeeignet

Auf diese massiven Klassenangriffe reagierte SYRIZA mit einer im Kern sozialpartnerschaftlichen Verhandlungsstrategie. Die Gläubiger sollten von einer Lockerung der Austeritätspolitik und dem durchdachten Konzept einer Umschuldung „überzeugt“ werden. „Partnerschaft, nicht Zwang ist der Weg zum Erfolg“,

sagte Varoufakis am Rande der Verhandlungen. Diese Strategie, die die Grenzen neoliberaler Legalität nicht durchbrach, bot den Gläubigern die Möglichkeit, SYRIZA in die Umsetzung der Austeritätspolitik einzubinden und schrittweise in die Knie zu zwingen. Selbst als Alexis Tsipras nach dem Referendum vom 5. Juli, bei dem 62 Prozent der griechischen Bevölkerung Nein zu weiteren Sparmaßnahmen gesagt hatten, Kompromissbereitschaft signalisierte, gaben die Gläubiger nicht nach. Die politische Erniedrigung der radikalen Linken war Teil des eingeleiteten Paradigmenwechsels.

Entscheidend aber war die fehlende Solidarität in Europa. Dass die sozialdemokratischen Vertreter in der Eurogruppe auf die Linie der Konservativen einschwenkten und damit die Kräfteverhältnisse für ein anderes Europa schwächten, überraschte wenig. Aber das „ohrenbetäubende Schweigen“ der Gewerkschaften, die ausbleibenden Mobilisierungen für einen ökonomischen und sozialen Kurswechsel schwächten SYRIZA zusätzlich.

Nein zur Austerität. Aber wie weiter?

Aus Fehlern lernen: Wut allein reicht nicht

Der autoritäre Umbau Europas ist in vollem Gange. Er findet statt unter Beteiligung von Konservativen und Sozialdemokraten. Und dort, wo bereits Vertreter der extremen Rechten in der Regierung sitzen, geschieht er in beschleunigter Form. Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Linke die alte Frage nach sozialistischer Politik als Strategie gegen den Rückfall in die Barbarei auf neue Weise. Die Antwort auf die Frage nach dem Kern einer solchen Politik muss aus den linken Arsenalen von Erfolgen und Niederlagen entwickelt werden.

Die griechischen Erfahrungen zeigen: Wut allein reicht nicht, um die Gesellschaft zu verändern. Es braucht auch einen Plan. An dieser Leerstelle muss eine linke Strategiedebatte ansetzen. Das Verhältnis von Partei und Bewegung muss dabei neu überdacht werden. Soziale Bewegungen dürfen nicht nur unterstützt, sie müssen vor allem koordiniert werden. Eine linke Partei muss in den Bewegungen um Hegemonie

kämpfen. Sie muss darin Führung übernehmen, indem sie einen Plan für eine erfolgreiche Kampfstrategie entwirft und sie muss eine Perspektive grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderung anbieten. „Die Linke ist voll von Menschen, die es gut meinen“, hat Stathis Kouvelakis im Sommer 2015 gesagt und damit unterstrichen, dass das allein die politische Linke noch nicht stark macht. Stärke gewinnt sie durch einen ehrlichen Umgang mit ihren Erfolgen und Niederlagen und die Ableitung ihrer Strategien aus einer sorgfältigen Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.

Ulrike Eifler lebt in Marburg, sie ist Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen und Mitglied im Parteivorstand von DIE LINKE.



Der Profit ist die Ursache für schlechte Löhne

Die EU ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Dennoch ist jeder fünfte Mensch in der EU arm. Warum gelingt es den Gewerkschaften EU-weit nicht, der Umverteilung von unten nach oben etwas entgegenzusetzen? Von **Özlem Alev Demirel**

In den Gewerkschaften ist die Einstellung gegenüber der EU mehrheitlich sehr positiv. Dabei waren es die EuGH-Urteile zu „Rüffert“, „Laval“ und „Viking“, die deutlich machten, dass die sogenannten Grundfreiheiten der EU (freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital) die Interessen des Kapitals bedienen.

Im Fall „**Rüffert**“ (2008) urteilte der Europäische Gerichtshof, dass es gegen die Dienstleistungsfreiheit sprechen würde, wenn staatliche Institutionen bei der Vergabe öffentlicher Leistungen die Einhaltung von Tarifverträgen zur Voraussetzung machten. Dies öffnete in ehemals staatlichen Leistungsbereichen Tor und Tür für Tarifdumping.

Im Fall „**Laval**“ (2007) wurden lettische Bauarbeiter zu lettischen Arbeitsbedingungen auf einer Baustelle in Schweden eingesetzt. Die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen diese Praxis wurden vom EuGH als europarechtswidrig bezeichnet.

Im Fall „**Viking**“ (2007) streikten finnische Seeleute gegen die Ausflagung nach Estland, was auch eine Tariffahrt aus dem finnischen Tarifvertrag in estnische Löhne bedeutete. Auch dieser Streik wurde vom EuGH als europarechtswidrig bewertet, weil es der Niederlassungsfreiheit der EU widerspräche.

All diese Urteile waren ein Schlag ins Gesicht für abhängige Beschäftigte

und ihre Interessenvertretung, weil sie zeigten, dass die Grundstruktur der EU-Verträge der gewerkschaftlichen Schutzfunktion der Beschäftigten diametral gegenüberstand. Dieser Eindruck hat in der Folge der Eurokrise erneut Nahrung bekommen. In mehreren südeuropäischen Staaten haben die Troika-Vorgaben dazu geführt, dass staatliche Unterstützung der Tarifvertragssysteme und des Lohnniveaus abgebaut oder gar gänzlich aufgelöst wurden.

In den europäischen Staaten ist das Niveau der Tarifbindung ohnehin schon immer sehr unterschiedlich gewesen. Während in Österreich das Kammerssystem für nahezu einhundertprozentige Tarifbindung und in den skandinavischen Ländern die Anbindung der Gewerkschaften an die Sozialversicherungen für einen sehr hohen Organisationsgrad und entsprechende Durchsetzungsfähigkeit sorgen, waren es in einigen südeuropäischen Ländern insbesondere allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge, die trotz deutlich niedrigerer Organisationsgrade für die Einhaltung eines gewissen Tarifniveaus gesorgt haben.

Diese Allgemeinverbindlichkeit wurde in mehreren südeuropäischen Staaten von der Troika direkt bekämpft. So gab es in Griechenland 2010 noch 65 allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge. Nur vier Jahre später waren es nur noch 14. In Spanien waren 2008 noch zwölf Millionen Beschäftigte im Geltungsbereich von Flächentarifverträgen.

Nach den Troika-Maßnahmen hatte sich diese Zahl um zwei Drittel reduziert.

Deshalb ist die Anhebung der Tarifbindung die wesentlichste Aufgabe der Gewerkschaften in der EU. Dafür ist aber neben starken gewerkschaftlichen Kämpfen in den Betrieben auch eine fundamental andere Ausrichtung und Politik notwendig. Während die EU mit verschiedenen Regionalförderprojekten zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse beitragen will, befördern ihre Grundstruktur sowie ihre konkrete Politik die ökonomischen Ungleichgewichte.

Die EU-Grundfreiheiten sind Ausdruck sehr ungleicher Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit auf europäischer Ebene. Dem Kapital gelingt es, sich einerseits international zu vernetzen und andererseits - zumindest in den größeren Ländern - die eigenen nationalen Interessen über die EU durchzusetzen. Selbstverständlich haben Gewerkschaften deutliche strukturelle Nachteile, wenn sie sich international vernetzen wollen oder wenn sie Druck auf die europäischen Institutionen ausüben wollen. Dass bei den Gewerkschaften aber auch manchmal Standortvorteile oder lokale oder nationale Egoismen Einfluss auf das Agieren haben, ist ein offenes Geheimnis.

Doch es gibt erfolgreiche Kämpfe. So wurden insbesondere auch durch gewerkschaftliche Unterstützung über 2 Millionen Unterschriften

gegen eine Richtlinie zur Liberalisierung der Wasserversorgung gesammelt. Die geplante Richtlinie zu dem Thema wurde zurückgezogen.

Teile der Gewerkschaften waren zudem wichtiger Akteur bei den Protesten gegen TTIP und CETA und haben entscheidend zur Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie beigetragen. Das bedeutete, dass das sogenannte Herkunftslandprinzip nicht in allen Branchen und nicht in allen Regelungsbereichen Anwendung findet.

Nicht nur in politischen, sondern auch bei Arbeitskämpfen spielt die Frage der Internationalisierung eine immer größere Rolle. Bei Amazon konnten im letzten Jahr internationale Streiks organisiert werden, bei denen in mehreren europäischen Staaten gleichzeitig gestreikt wurde. Durch die unterschiedlichen Organisationsgrade in den Ländern, in denen Amazon tätig ist, ist es allerdings noch ein langer Weg bis diese Streiks so schlagkräftig werden, dass tatsächlich europaweit Tarifverträge bei dem Unternehmen durchgesetzt werden können. Amazon

verweigert weltweit kollektivvertragliche Regelungen.

Ein Gegenbeispiel ist hier der Arbeitskampf bei der Fluggesellschaft Ryanair. Dort haben die Beschäftigten zuletzt innerhalb von einem Jahr einen Tarifvertrag erkämpft, in dem mitunter gar Lohnverdoppelungen vorgesehen sind. Es war gerade der Druck auf die europäischen Institutionen, der für ein Urteil des EuGH sorgte: Bei Ryanair-Beschäftigten muss jeweils national untersucht werden, in welchem Land der Arbeitsschwerpunkt liegt und welches Gehalt demnach gezahlt wird. Dies führte zu Rückenwind, der in die internationale Kampagne „#cabincrewunited“ mündete. In nur drei Monaten wurden Kolleg*innen an 86 europäischen Standorten von der internationalen Transportarbeitergewerkschaft ITF angesprochen. In mehreren Ländern wurde gleichzeitig gestreikt und verhindert, dass die Fluggesellschaft einen internationalen Streikbruch organisiert. Auf europäischer Ebene können Kämpfe gewonnen werden. Sie müssen allerdings sowohl strukturell als auch politisch wesentlich höhere Hürden

überwinden, als dies in vielen europäischen Ländern auf nationalstaatlicher Ebene der Fall ist. Das hängt insbesondere damit zusammen, dass der Ausgangspunkt der EU und ihrer Vorgänger ohnehin die Bildung einer starken europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Aufbau eines gemeinsamen großen Binnenmarktes war. Auch wenn die Gewerkschaften von einer Sozialunion träumten, war dies weder gewollt noch Grundbaustein der Europäischen Union.

Trotz kleiner Verbesserungen bleibt die Grundausrichtung der EU in ihren neoliberalen Wurzeln verhaftet. Wer daran etwas ändern möchte, braucht klare Forderungen, Ausdauer und große Mobilisierung. Dafür brauchen wir als einen entscheidenden Partner auch die Gewerkschaften.

Özlem Alev Demirel ist 34 Jahre alt und Gewerkschaftssekretärin bei verdi. Sie war lange Jahre Landessprecherin der LINKEN NRW und kandidiert für die Linksfraktion im Europäischen Parlament.



Erklärung der **UNTERSTÜTZUNG**



Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name, Vorname _____

Straße _____ PLZ und Ort _____

Landesverband _____ Kreis-/Bezirksverband _____

ggf. Parteifunktionen _____

aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen _____

Telefonnummern _____ E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte abtrennen und schicken an: Sozialistische Linke, DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



Mit **SPENDEN** die Arbeit aktiv unterstützen

DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es „Ohne Moos nichts los!“. Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag.

Einzelspenden bitte an:

Parteivorstand DIE LINKE
IBAN: DE96 1005 0000 0013 2257 31
BIC: BELADEVXXX
LANDESBANK BERLIN - BERLINER SPARKASSE
WICHTIG: Stichwort **SPENDE Sozialistische Linke**

Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist die Partei DIE LINKE bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Einzugsrhythmus (Zutreffendes bitte deutlich markieren):
monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich

Kontoinhaber/in _____

Geldinstitut _____

IBAN _____ BIC _____